

FORUM

Inhalt
Internationale Perspektiven Seiten 6 und 7
IGM-Tarifrunde Seite 11
Jungsozialisten Seite 4

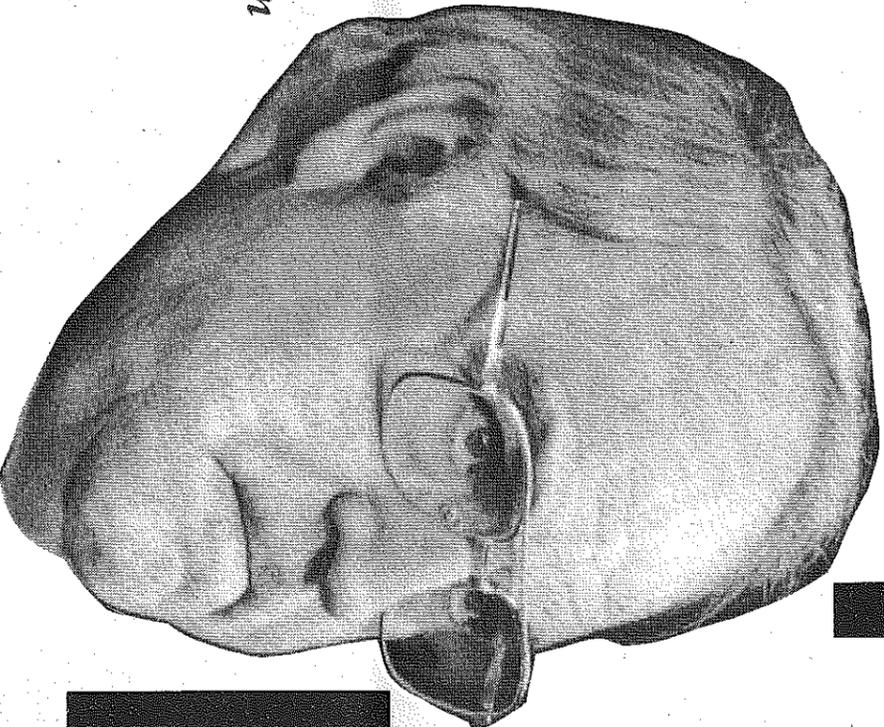
Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 129 - April 1991

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

Bonner Steuerbetrug:

Natürlich behauptet Kohl heute, die Steuern würden nur wegen der Kosten für den Golfkrieg erhöht. Doch dafür vergendete die Regierung „nur“ 17 Mrd. DM, die Steuererhöhungen sollen aber 46 Mrd. einbringen. Kurz gesagt: Kohl liegt.



Halber diebei

Die Kanzlerfrage wird uns teuer zu stehen kommen. Schon vor einigen Wochen wurde beschlossen, das Telefonieren zu verteuern, sowie die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2,5% auf 6,8% des Bruttolohns zu erhöhen. Die erwarteten Mehreinnahmen von ca. 20 Mrd DM, zahl ausschließlich die Masse der Durchschnittsverdiener, denn Einkommensspezieller ab 6500,- DM brutto, Unternehmer oder Freiberufler sind nicht pflichtversichert und bekommen dadurch keine Beitragserhöhung.

„Wenn ich dem Bürger jetzt vor dieser Wahl sage: Wir machen keine Steuererhöhungen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit, dann machen wir keine.“

(Kohl am 15.11.1990)

Zu dem kommen folgende Steuererhöhungen: 25 Pfennig pro Liter auf verbleibendes Benzin, 22 auf unverbleibtes und 10 auf Diesel. Die Heizöl- und Gassteuer wird ebenfalls erhöht. Zigaretten sollen um 1 Pfennig pro Stück teurer werden. Auf die Lohn-, Einkommens- und Körperschaftsteuer wird ein „Solidaritäts“-Zuschlag von 7,5 % des Steuerbetrags erhoben. Ab 1993 soll dann auch endlich die Mehrwertsteuer steigen, denn damit kann man bei Ökonomenvertrancher am meisten abschneiden. Insgesamt muß nach SPD Angaben ein durchschnittlicher Arbeitnehmerhaushalt ca. 110,- DM pro Monat mehr bezahlen.

Während wir blechen sollen, macht Kohl den Unternehmen weiter Geschenke wie Investitionszulagen und Abschreibungs erleichterungen. Allein

durch die Abschaffung der Vermögens- und Gewerbesteuer sparen die Reichen ca. 9 Mrd. DM pro Jahr.

Zusammenbruch in Ostdeutschland
Es heißt, das Geld würde für den Aufbau in den fünf neuen Ländern gebraucht. Doch wie sieht es dort wirklich

aus? Zum ersten April und ersten Oktober werden die Mieten und Mietnebenkosten vervielfacht. Gleichzeitig findet massive Arbeitsplatzverminderung statt. In fast allen Industriezweigen sowie im öffentlichen Dienst werden mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze gestrichen. 50% Arbeitslosigkeit bis Jahresende sind wahrscheinlich. Ende Februar gab es überall in den neuen Bundesländern Massendemonstrationen, die größten seit der Revolution.

Die Wirtschaft in den neuen Bundesländern bricht zusammen, die Milliarden werden nicht zum Aufbau verwendet, sondern um den Unternehmen

Gewinne zu garantieren, für die Verwaltung und als Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld, um gleich wieder in die Taschen der Unternehmer zu wandern. Wenn Westfirmen Ostbetriebe übernehmen, dann lassen sie sich von der Treuhänder dafür gut bezahlen und räumen einen möglichen Konkurrenten aus dem Weg. Zeiss-West will das Werk in Jena übernehmen, falls die Treuhänder ca. 2 Mrd DM zuschießt. Die Belegschaft sollte von 29.000 auf 5000 abgebaut werden. Nach Massenprotesten wird das Werk zunächst einmal der hütungsreichen Landesregierung übergeben, die „nur“ auf 10.000 reduzieren will.

Und wo bleibt das Wirtschaftswunder das die Herren Unternehmer doch so vollmundig angekündigt hatten? Aus der FAZ: „Imbissstuben, Getränkestützpunkte und Videokassen waren und sind die bevorzugten Gründungsobjekte.“ „Die Gewerbetriebe registrieren in jüngster Zeit besorgt mehr Anmeldungen im Handwerk.“ Leider „plant die Industrie im Osten für 1991 nur sehr geringe Investitions“ „... keine Fortschritte im Wohnungsbau, was zu einer krisenhaften Entwicklung führen könnte...“

Und was sagt die SPD-Opposition?

Der künftige SPD-Vorsitzende Engelnholm hält eine Mahnwortsteuererhöhung für richtig. Lafontaine weist darauf hin, die SPD habe schon vor der Wahl Steuererhöhungen versprochen, und Vogel meint, Kohl solle sich jetzt bei den Wählern entschuldigen. Ansonsten würde die SPD-Führung ja gerne an einem „Runden Tisch der Deutsch-

landpolitik“ zusammenarbeiten.

Durch einen Solidarpakt und einen Aufbauplan soll der Osten saniert werden - außer Rhetorik gibt es kaum Unterschiede zu CDU-Vorstellungen. Die SPD-Spitze setzt auch auf Privatisierungen und die sogenannten Investitionen. Doch die finden, daß sie woanders besser verdienen können.

Eine Kampagne zur Entmachtung der Konzernräte, zur Arbeitsplatzsicherung und zur Aufstellung eines demokratischen Wirtschaftsplan könnte nicht nur in den neuen Bundesländern breiten Rückhalt finden. Ohne die Stütze durch die SPD, Opposition“ wäre die Kohlregierung schnell am Ende. Geert Möbius, Köln Jungsozialist

„Keinem wird es schlechter gehen!“



Bergarbeiter in Bleicherode.

So hatte sich die Bevölkerung Ostdeutschlands ihre Zukunft nicht vorgestellt: Zusammenbruch der Industrie, Massenarbeitslosigkeit, bankrotte Gemeinden, steigende Preise und Mieten.

Berichte und Perspektiven - siehe Seiten 3 und 4

Der Kommentar

Die Schlacht gewonnen - den Frieden nicht!

Der Sieg der westlichen Allianz über Saddam Hussein ist kein Sieg der Demokratie über die Diktatur. Jener Sieg kann nur vom irakischen Volk selbst durch eine Revolution errungen werden.

Die Westmächte haben wieder die volle Kontrolle über die Ölquellen, und damit können sie durch ihre Monopolen-Monarchen den Ölpreis beeinflussen. Die USA, Britannien und Frankreich haben die von ihnen gegründeten Ölscheitner nochmals am Leben gehalten; jetzt müssen die Zwergstaat-Despoten ihre königliche Dankbarkeit unter Beweis stellen.

Und schon meldet sich pflichtschuldigst der kuwaitische Ölminister Raschid al Amri zu Wort: Die westlichen Alliierten „müssen etwas zu sagen haben, um ihre Interessen zu schützen“. Heißt das also direkter Einfluß auf die OPEC? „So sehe ich es.“

Damit ist das erste wahre Ziel der Westmächte in diesem Krieg erreicht: Ihre Konzerne bekommen weiter Öl-lieferungen zum niedrigsten Tarif seit 1950. Das war ihnen den Preis von zehntausenden Menschenleben und zigmilliarden Dollar wert.

Nach dem schnellen Kollaps der irakischen Armee scheint die westliche Kriegsmaschinerie allmächtig und unbesiegbar. Besonders der US-Imperialismus hat durch diesen Krieg seine Autorität zurückgewonnen, die er in Vietnam verloren hatte. Doch das heißt nicht, daß die USA automatisch jeden neuen Kollapskrieg gewinnen können.

Die irakischen Truppen waren offensichtlich durch und durch demoralisiert. Misserabel versorgt; hockten sie wochenlang in Erdlöchern, unter dem massiven Bombardement der Allianz. Noch entscheidender aber waren politische Gründe. Saddam hatte keine Strategie für einen Sieg, sondern nur für die Niederlage. Er brachte 160 Flugzeuge nach Iran in Sicherheit; nach iranischen Berichten zog er die Einheiten der republikanischen Gardien schon Tage vor Beginn des Landkriegs aus Kuwait zurück; viele Offiziere verließen ihre Einheiten.

Während also die „Creeme“ der Streitkräfte in Sicherheit gebracht wurde, überließ Saddam die eintausenden Soldaten an der Front zynisch ihrem Schicksal als Kanonenfutter. Die Soldaten selbst wenden sich darüber keine Illusionen gemacht haben. Der brutale Charakter des Saddam-Regimes war ihnen nur zu gut bekannt. Hatte er ihr Leben nicht auch in dem sinnlosen Krieg gegen Iran hunderttausendfach geopfert? Den entscheidenden Anstoß gaben die Verhandlungen über den Friedensplan Gorbatschows. Plötzlich wurde der Rückzug angeboten, auf einmal war Kuwait nicht mehr die „19. Pro-

vinz“. Wozu dann noch kämpfen? wird sich jeder Soldat gefragt haben. Die Bodentruppen der Allianz hatten also leichtes Spiel und brauchten die sich freiwillig ergibenden Soldaten nur noch „einkassieren“. Daß sie in den 100 Stunden des Bodenkriegs noch einmal zehntausende flüchtende wehrlose Soldaten in den nach Norden ziehenden Autokolonnen mit einem gnadenlosen Bombardement kaltblütig ermordeten, zeigt die Brutalität des Imperialismus.

Hätten Bush und Major jedoch versucht, nach Bagdad zu marschieren und Irak zu besetzen, wäre es eine andere Sache gewesen. Dann hätten die Truppen der Allianz es nicht nur mit der Armee, sondern mit dem Widerstand des irakischen Volkes gegen eine imperialistische Besatzung zu tun bekommen. Auch der Zusammenhalt der unheiligen Allianz wäre dann gefährdet gewesen. Und so mancher arabische Despot, der in dieser Allianz verblieben wäre, hätte sich schnell einem Aufstand seines Volkes gegenübergesehen.

Stabilität im Nahen Osten unter der Kontrolle des Westens ist daher in Wirklichkeit entfernter denn je. Denn die grundlegenden Widersprüche und Interessenkonflikte sind nicht entfernt verschärft worden.

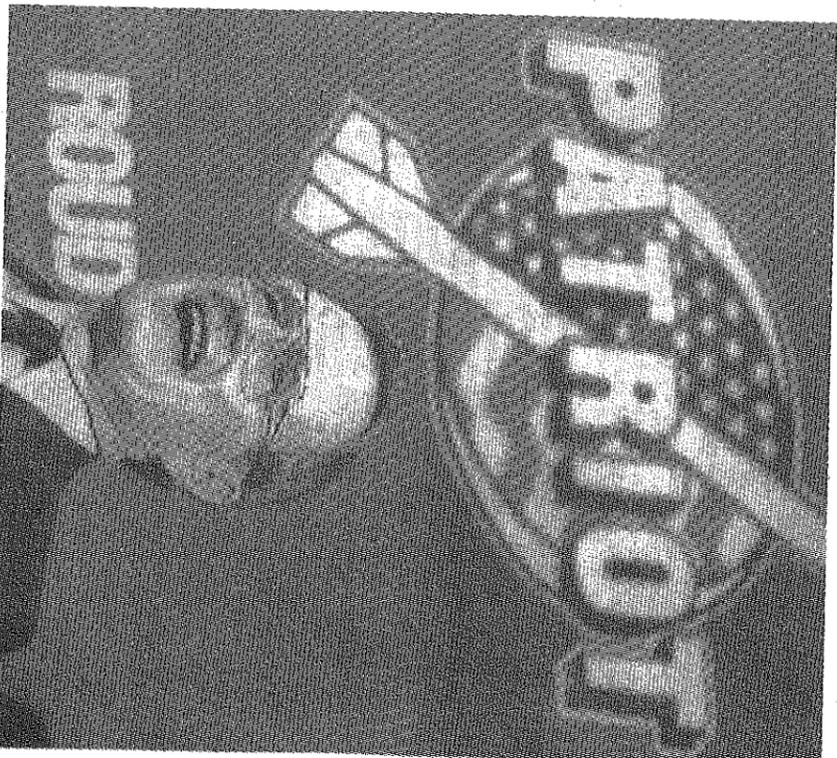
Dies war den US-Strategen durchaus bewußt - die Lehren von Vietnam im Hinterkopf. Daß die US-Armee nicht weiter auf Bagdad marschierte, und daß die Bodentruppen nicht permanent in Saudi-Arabien stationiert werden sollen, zeigt, auf welche dünnem Eis sie sich im arabischem Raum bewegen. (Was nicht ausschließt, daß Washington irgendeinen Ernt zwischgen wird, US-Marine- und Luftwaffenbasen zuzulassen.)

Der Krieg sollte eine Machtdemonstration der Herrschenden des Westens sein und wird die Regierungen der „Dritten Welt“ einschüchtern, die Völker vielleicht vorübergehend demoralisieren. Denn er sollte als blutige Warnung an alle Regierungen der „Dritten Welt“ dienen, die versuchen, ihre Wirtschaftslage durch Exportpreiserhöhungen, Schuldenerlaß oder sonstige dem Westen unbillige Maßnahmen zu verbessern. Die Siperausbeutung dieser Länder - eine tragende Säule des achtjährigen Aufschwungs der Industrieländer - wird verschärft fortgesetzt. Doch die Auswirkung - noch schlimmere Verelendung - wird über kurz oder lang die Massen wieder in einen politischen Kampf um ihr Überleben zwingen. Ruhe, Stabilität, allmählicher sozialer Fortschritt und das berühmte „Ende der Geschichte“ werden sich als Illusionen erweisen.

Das zweite Kriegsziel, Stabilität im Nahen Osten unter der Kontrolle des Westens, ist daher in Wirklichkeit entfernter denn je. Denn die grundlegenden Widersprüche und Interessenkonflikte sind nicht entfernt verschärft worden.

Schon eine erste unwillkommene Folge der irakischen Niederlage ist eine Verschärfung der Kräfteverhältnisse am Golf zugunsten Irans.

Der schnelle Sieg der amerikanischen, britischen und französischen Streitkräfte - mit geringen eigenen Verlusten in diesem scheinbaren „südberen Krieg“ - erweckt den Eindruck, die westlichen Weltmächte hätten in dieser Region wie auf der ganzen Welt alles im Griff. In Wirklichkeit balancie-



Wie die „neue Weltordnung“ aussehen soll, kündigte Präsident Bush in seiner Rede zur Lage der Nation an: Die Amerikaner sollen sich auf „ein nächstes amerikanisches Jahrhundert“ einstellen. „Das Potential des amerikanischen Volkes kennt keine Grenzen ... Wir sind die Nation, die die Zukunft gestalten kann.“

ren sie ständig auf dem politischen Drahtseil, in dem Versuch, ein prekäres Gleichgewicht der Kräfte zwischen den verschiedenen Regionalmächten herzustellen. Nachdem eine Revolution ihren hochgerüsteten Freund, den Schah von Iran, gestürzt hatte, setzten sie auf Irak als Stabilitätsfaktor. Jetzt werden Ägypten, Syrien und die Türkei mit 18 Mrd. Dollar von den USA weiter aufgestützt - doch wie lang wird es dauern, bis es auch dort schiefgeht?

Selbst wenn es gelingen sollte, eine Art „Sicherheitsystem“ am Golf zu etablieren. Truppen arabischer Staaten wie Ägypten und Syrien werden auf der Halbinsel stationiert, und die allgemein verachteten Emire bezahlen dafür Schutzgeld. Doch wie lange wird es dauern, bis eine dieser neuen Regionalmächte die Vormachtstellung anstrebt und ein neuer Konflikt ausbricht? Oder bis die eigene Bevölkerung die Regimes durch eine Revolution stürzt?

Schon eine erste unwillkommene Folge der irakischen Niederlage ist eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse am Golf zugunsten Irans. Ironie der

Geschichte: Erst vor wenigen Jahren halten die USA Saddam im ersten Golfkrieg, den damaligen „neuen Hitler“ Chomeini und die aus Teheran drohende islamische Revolution zu bekämpfen - jetzt geht Iran verstärkt aus dem zweiten Golfkrieg hervor, und im Irak flammt die Ausstandsbe-

wegung der Schiften im Süden auf! Es wird viel schwieriger sein, den Frieden zu gewinnen als den Krieg. Während des Krieges blieb die unheilige Allianz intakt, doch jetzt wird klar, daß sie auf Sand gebaut ist. Bush mußte Syrien freie Hand in Libanon und die Rückgabe der Golanhöhe versprechen, doch Israel ist dazu nicht bereit. Ölal riskierte sein politisches Überleben, um die Türkei als Regionalmacht ins Spiel zu bringen. Zugriff auf den östlichen Norden Iraks und die Eintrittskarte in die EG zu gewinnen. Doch Bush will nicht, daß Irak unter der Türkei, Syrien und Iran aufgeteilt wird, denn das würde das Gleichgewicht in der Region stören; und Westeuropa hat schon genug zu schaffen mit der ehemaligen DDR und Osteuropa, ohne noch die Türkei inte-

„Homeland“-Politik à la Südafrika bedeuten. Die Palästinenser werden nach wie vor ihren eigenen Staat verlangen. Und es bleibt extrem unwahrscheinlich, daß Israel dies zuläßt. Denn die palästinensische bürgerliche Elite wäre so schwach und das Volk so radikalisiert, daß eine soziale Revolution schnell auf der Tagesordnung stehen und ein Beispiel für die Massen aller Nachbarländer darstellen würde.

Trotz diplomatischer Bemühungen kann kein einziges Problem der Region gelöst werden, solange sie wirtschaftlich durch westliche Müllis, und politisch durch den Imperialismus beherrscht wird. Das grundlegende Streben der arabischen Massen nach einer Vereinigung der arabischen Nation - in irgendeiner Art Föderation - stößt immer wieder gegen Schranken der strategischen und wirtschaftlichen Interessen der Weltmächte, deren Kolonialpolitik des „Teile und Herrsche“ die Zersplitterung der Region verursacht.

Der Sieg der Imperialisten wird sich als Pyrrhussieg entpuppen, denn der gewachsene Fiß der arabischen Massen wird sich vor allem gegen die Regimes wenden, die sich als treue Diener des Imperialismus erwiesen haben. In den kommenden Jahren wird eine Reihe von Staatschefs für ihre Kollaboration hart bezahlen müssen. Der Nahe Osten bleibt ein Pulverfaß.

Der erste große militärische Eingriff der alten Kolonialmächte im arabisches Raum seit der 1950er Jahren war nur durch die Schwächung des Stalinismus in der UdSSR und die daraus folgende Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse möglich. Die USA brauchen die Unterstützung Gorbatschows, um den Krieg als Faldung der „Weltgemeinschaft der Völker“ darstellen zu können. Die herrschende Bürokratie sitzt in eine Sackgasse, hat den Warschauer Pakt verloren und will wirtschaftliche Hilfe vom Westen. Das Schicksal der Völker exkolonialer Länder ist da in ihren Augen nur Wechselgeld beim Deal mit dem Imperialismus - trotz jahrzehntelanger „anti-imperialistischer“ Propaganda.

Die fortanuernde Ausblutung Asiens, Afrikas und Südamerikas und die Großmachtpolitik der herrschenden Klassen in Amerika und Europa machen weitere Kriege in den kommenden Jahren unvermeidlich.

Um einen Hauch von Einfluß im Nahen Osten zu behalten, versuchte Gorbatschow, mit seinen Friedensplan einen vernichtenden Bodenkrieg zu vermeiden. Doch sein neuer „Freund“ in Washington hatte dafür nur verachtende Ablehnung übrig. Gorbatschow ist dadurch weiter geschwächt und die Polarisierung zwischen den Führern der Bürokratie verschärft worden. Die „Hardliner“ werden sich bereitigt sehen, daß die Zugestnisse an den Imperialismus zu weit gegangen sind; die pro-Marktwirtschaftler werden den Sieg als Beweis der Überlegenheit westlicher Technologie bewerten. Die militärische Machtdemonstration der Imperialisten wird den Prozess des Niedergangs der sowjetischen Bürokratie fortsetzen.

Doch daraus wird keine „neue Weltordnung“ erwachsen. Nach dem Ende des Ost-/West-Konflikts können sich jetzt die inneren Gegensätze des Westens voll entfalten. Die fortanuernde Ausblutung Asiens, Afrikas und Südamerikas und die Großmachtpolitik der herrschenden Klassen in Amerika und Europa machen weitere Kriege in den kommenden Jahren unvermeidlich. Auch Handelskrisen zwischen den Großmächten selbst könnten leicht eskalieren. So bringt die neue Lage keineswegs Frieden, sondern birgt neue Probleme durch künftige innerimperialistische Konflikte und regionale Kriege.

VORAN

zur
sozialistischen
Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V., verantwortlicher Redakteur: Hans-Cerd Offinger.

Redaktionsanschrift:
VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21 / 13 4504.
Druck:

Blitz-Druck GmbH, Im Hieselbruch 16, 4300 Essen 11.
Bankverbindung:
Postgrosart Essen, BLZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430.



Jugend für Sozialismus . . .

Bundesongreß der Jungsozialisten

Radikale Erneuerung nötig

Vor dem Hintergrund von Massendemonstrationen in den fünf neuen Bundesländern und Warnstreiks im öffentlichen Dienst fand in Potsdam Anfang März der Vereinigungskongreß der Jusos Ost und West statt. Doch wer davon ausgehend erwartet hatte, daß die Probleme der arbeitenden Jugend einen wichtigen Platz bei den Kongreßberatungen einnahm, der sah sich getäuscht.

Der heftigste Streit, der die Vereinigung fast zum Scheitern gebracht hätte, entbrannte - wie sollte es anders sein - an der Frage der Quotierung. Die Delegierten der Ostjunos konnten die vorgeschriebene 40%ige Frauquote nicht einhalten, weigerten sich jedoch, deswegen einige Männer-Mandate abzugeben. Daraufhin sahen viele die vielbeschworene „Feminisierung des Verbandes“ in Gefahr. Andere schlenner eher taktische Überlegungen zur Vorstandswahl im Hinterkopf zu haben. Die Ostjunos werteten das Ansinnen als Unverständnis für ihre schwierige Aufbauphase und westliche Arroganz. Das Hick-Hack zog sich insgesamt über 5 Stunden hin.

Probleme der Jugend nicht behandelt

Am Ende sagte eine Delegierte und VORAN-Unterstützerin aus Stuttgart in einer persönlichen Erklärung unter Befehl: „Ich habe den Eindruck, daß die

Leute, die hier sitzen, nicht über die wirklichen Probleme der Frauen Bescheid wissen. Ich bin angehende Erzieherin, und wenn meine Kolleginnen hier wären, hätte ich sicher Mühe, sie für die Juso-Arbeit zu gewinnen.“ Sie forderte eine Diskussion über „die wichtigsten Probleme von Frauen wie: den Notstand bei Kindergärten und Horten, das Abtreibungsgesetz, Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne - und was wir dagegen tun können. Wenn die Jusos sich ernsthaft um diese Probleme Frauen im Verband zu Hause fühlen. Es gibt viele, die froh wären, endlich eine Organisation zu finden, in der nicht nur geredet wird, sondern mit der sie für ihre Interessen kämpfen können.“

Das geht nicht nur Frauen so. Überall gibt es Jugendliche, die auf der Suche nach einer Antwort auf ihre Probleme sind. Besonders in den fünf neuen Ländern, wo Zehntausende plötzlich keinen Ausbildungsplatz mehr finden,

wo nach den Lebensmittelpreisen nun auch die Mieten und Verkehrstarife sprunghaft ansteigen. Leider war das nicht das Thema des Kongresses. Nur etwa fünf oder sechs Redner haben sich dazu geäußert. Eine Resolution der Kasseler Jusos zur Solidarisation mit den Kolleg(inen) im Osten und im öffentlichen Dienst ist gar nicht erst diskutiert worden. Der Kongreß bezog keine Position gegen Privatisierung und zeigte auch nicht ansatzweise ein poli-

legenden gesellschaftlichen Alternative zu verbinden.

Eine gründliche Analyse der Ursachen und Lehren des Zusammenbruchs der stalinistischen Systeme Osteuropas sucht man ebenfalls vergebens.

Politische Verwirrung und Rechtsschwenk

Positiv ist allerdings zu vermerken, daß der Antrag der Reformsozialisten keine Mehrheit fand, der den Sozialismus le-

ständige politische Verwirrung stellen.

Jusos gegen Grundgesetzänderung

Während viele andere SPD-mittlerweile „umgefallen“ sind, bleibt die Jusos wenigstens in der Frage Bundeswehr-Einsatzes standhaft. Dem Rechenschaftsbericht macht scheidende Vorsitzende Susi Möß zum Thema Golfkrieg klar, daß



VORAN-Diskussionsveranstaltung beim Juso-Camp zum Thema „Ist der Sozialismus tot?“ Ein Teil der Jusos schließt zu glauben.

tisches Programm auf, das die aktuelle Probleme aufgreift und Perspektiven aufzeigt.

Woher dies kommt, wurde in der Grundsatzdebatte zum Sozialismus deutlich, die ziemlich lustlos geführt wurde. Zwar übte man weiterhin Kritik am real existierenden Kapitalismus. Doch wird von beiden führenden Juso-Strömungen - Reformsozialisten und Juso-Linken, ehemals „Hannoveraner Kreis“ - der Sozialismus als Utopie betrachtet, werden für die konkrete Tagesspraxis nur Reformforderungen angedeutet, ohne sie mit einer grundsätzlichen

deutlich als „Prozeß der Entwicklung und Anpassung emanzipatorischer Ideale an konkrete gesellschaftliche Situationen und Hierausforderungen“ betrachtet. „Der Sozialismus ist keine in sich abgeschlossene Gesellschaftsordnung, die sich erheben läßt, sondern er ist eine Grundrichtung der gesellschaftlichen Dynamik“ hieß es im Antrag des Landesverbands Brandenburg. Sozialismus als „dauernde Aufgabe“ - Bernstein und Codesberg lassen grüßen.

So weit mochten die Mehrheit der Delegierten denn doch nicht hinterfrüher gewonnene Erkenntnisse zurückfallen. Mit 171 zu 164 Stimmen wurde die Grundsatzklärung des Bezirks Westliches Westfalen verabschiedet, in der immerhin vom Sozialismus als einer „anderen Gesellschaftsordnung“ die Rede ist, von der Notwendigkeit gesellschaftlichen Eigentums an großen Unternehmen bei demokratischer Kontrolle.

Diese Mehrheit schlug sich jedoch nicht bei der Wahl des neuen Bundesvorstands nieder, in dem jetzt die Reformsozialisten unter dem neuen Vorsitzenden Ralf Ludwig die Mehrheit stellen.

Insgesamt ist jedoch unter dem Eindruck des kapitalistischen Aufschwüngen der 80er Jahre und der zerstörten Illusionen in den angeblichen „Sozialismus“ des Ostens ein Rechtsschwenk der Juso-Führung bzw. voll-

Juso-Button verboten?

Wenn man politisch aktiv ist, und zum Beispiel Schüler zum Schulstreik gegen den Golfkrieg zu motivieren versucht, wird man von allen nur denkbaren Seiten angegriffen. Unserer Schuldirektor etwa, seines Zeichens selbst SPD-Mitglied, hat sich neulich über mehrere Jusos-Button beschwert. Andere Lehrer hätten ihm gegenüber ihren Unmut darüber geäußert. Dabei hatte er sich noch nicht einmal danach erkundigt, ob man Schülern dies überhaupt verbieten kann.

Erst nach einem hektischen

Suna Uindag, Aachen

Entlarbt die (Verun-)Treuhand, nicht die Arbeiter!

Antrag aus Kassel zur Sanierung der ostdeutschen Wirtschaft

„Die Wiedervereinigung Deutschlands auf kapitalistischer Grundlage erweist sich als Katastrophe für die arbeitende Bevölkerung der „neuen Länder“. Eine goldene Nase dagegen verdienen sich die Banken und Unternehmen an hohen Zinsen und der „schmalen Mark“ durch Warenabsatz im Osten. Milliarden werden zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit ausgegeben, Milliarden gehen verloren, weil Millionen vom Nichtstun verdummt sind. Bestimmend sind nicht die dringenden Bedürfnisse von Mensch und Umwelt, sondern die „Sachzwänge der Marktwirtschaft“, d.h. die Profitinteressen der Kapitalisten.

Und jetzt will die Kohl-Regierung auch noch die „Kosten der Einheit“ von der breiten Masse der Lohnabhängigen finanzieren lassen und die Bevölkerung im Westen gegen die im Osten ausspielen. Sie sollen 46 Mrd. DM mehr bezahlen, während immer noch eine Steuerentlastung der Unternehmen in Höhe von 20-25 Mrd. DM geplant ist.

Das Problem hier in der reichen BRD ist nicht Knappheit, sondern zuviel Reichtum in den falschen Händen - und eine Bundesregierung, die diesen Reichtum schützt. Die SPD darf sich nicht an den Kurs von Kohl anpassen, sondern muß eine klare Alternative aufzeigen:

- Weg mit den Steuererhöhungen für die Masse der Bevölkerung und den Steueresschenken an die Unternehmer.
- Stärkere Besteuerung der Reichen zur Finanzierung der „Kosten der Einheit“ und öffentlicher Ausgaben in ganz Deutschland, z.B. durch eine Zwangsanleihe auf größere Vermögen.
- Ein massives staatliches Programm im sozialen Wohnungsbau, öffentlichen Personennahverkehr, Bildungs- und Gesundheitswesen und Umweltschutzbereich.
- Schluß mit Arbeitsplatz- und Lehrstellenabbau, Arbel und Ausbildung für jeden.
- Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollen Lohnausgleich, um mit der Beseitigung der Arbeitslo-



Der neue Juso-Bundesvorsitzende Ralf Ludwig: Sozialismus als „dauernde Aufgabe“?

SPD-Basis muß mobilmachen

Kampagne gegen Grundgesetz-Änderung

Weitere Aufrüstung und Militarisierung, Großmachtsstreben und weltweiter Einsatz der Bundeswehr - das sind die Vorhaben der Kohleregierung. Die SPD-Führung ist wieder einmal dabei sich diesen Plänen zu unterwerfen, und auf die SPD-„Linke“ ist wieder einmal kein Verlaß. Die Redaktion VORAN fordert alle Gewerkschafter, SPD-Mitglieder und Sympathisanten auf in den nächsten Wochen bis zum SPD-Parteitag Ende Mai eine Kampagne gegen die Zustimmung der SPD zur Grundgesetzänderung zu organisieren.

Hier einige Vorschläge:

* In der März-Ausgabe des sogenannten „Vorwärts“ wird die Mitgliedschaft mit dem Sinneswandel der Parteiführung konfrontiert (siehe vor allem Interview mit Norbert Gansel). Schreibt Leserbriefe an den „Vorwärts“ gegen diese Positionen.

* Fertigt Unterschriftenlisten an, die bei Ostermärschen, Versammlungen, Veranstaltungen oder an Info-Ständen eingesetzt werden können. Darin sollte der SPD-Parteivorstand und die Bundestagsfraktion aufgefordert werden, die Grundgesetzänderung abzulehnen. Unterschriftenlisten rechtzeitig vor dem Parteitag nach Bonn schicken.

lutionen ein und schickt sie an Parteivorstand, Fraktion, Parteitag und Parteitagdelegierte. Die Namen und Adressen von Parteitagdelegierten könnt ihr bei den SPD-Bezirks- oder Landesgeschäftsstellen erfahren.

mit der Parteilag mit einer Flut solcher Anträge bombardiert wird. Schickt nach Möglichkeit auch einen Vertreter des Ortsvereins als Gast zum Parteilag, der versuchen sollte, den Antrag zu begründen, damit er von der Antragskommission nicht von Tisch gefegt wird.

„Keiner redet über Blauhelme, nur die SPD. Alle reden von ‚militärischen Friedensmissionen‘ der UNO, auf deutsch Krieg, nur die SPD nicht. Wir trauen uns nicht, die Sache beim Namen zu nennen. Man tut so, als könne man militärische Friedensmissionen der UNO und die entsprechende Grundgesetzänderung auf so etwas wie in Zypern begrenzten. Dabei ist man sich in der ganzen Welt einig, daß militärische Friedensmissionen der UNO genau das abdecken, was der UN-Sicherheitsrat am 29. November beschlossen hat: den Einsatz aller notwendigen Mittel'. Blauhelme werden nicht einmal in der UNO-Charta erwähnt, Blauhelme sind lediglich ein De-facto-Kompromiß aus dem Kalten Krieg, als Ost und West zu gemeinsamen militärischen Friedensmissionen unfähig waren. Wenn heute über Grundgesetzänderungen gesprochen wird, geht es um den Einsatz militärischer Mittel im UNO-Rahmen gemäß Artikel 42 folgende der UNO-Charta. Wer meint, eine Änderung des Grundgesetzes auf Blauhelme beschränken zu können, irrt. Wenn wir das Grundgesetz ändern, dann machen wir die Beteiligung der Bundesrepublik an Kriegen außerhalb Europas möglich.“

Katrin Fuchs, SPD-Bundestagsabgeordnete, im „Vorwärts“ Heft 1/91

* Bei solchen Veranstaltungen solltet ihr erklären, warum wir als Jusos dagegen sind. Zum Mitdiskutieren könnten eingeladen werden: ältere SPD-Mitglieder, die gegen die Wiederbewaffnung in den 50er Jahren aktiv waren, SPD-Bundestagsabgeordnete und -partei-tagdelegierte.

Auszug aus einem Beschluß des SPD-Unterbezirks Kassel vom 24.1.1991:

„Wir wenden uns gegen jede Interpretation und Änderung des Grundgesetzes, die jetzt oder später den Einsatz deutscher Truppen außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik und über die Verteidigung der Bundesrepublik hinaus, auch innerhalb integrierter internationaler Verbände, ermöglicht. Die Bundestagsfraktion bleibt aufgefordert, entsprechende GG-Änderungen abzulehnen.“

Wir fordern:

- die entschuldigungslose Enttarnung von Rüstungsunternehmen, die gegen das Verbot von Rüstungsexporten in Krisengebiete und gegen das UN-Embargo verstößen
- ein prinzipielles gesetzliches Verbot von Rüstungsexporten. Auch dann sind Rechtsbrecher entschuldigungslos zu enttarnen. Die restliche Rüstungsproduktion muß öffentlicher Kontrolle unterliegen.“

9. „Schwarzfahrerfest“ in Stuttgart Bus und Bahn statt Rüstungswahn

Zum alljährlichen Schwarzfahrerfest, das die Stuttgarter Jusos gegen Fahrpreiserhöhungen und Großstadtmief durchführen, kamen diesmal 700 Besucher. Die Jusos treten seit Jahren offensiv für Nulltarif im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ein, weil dies das einzig wirksame Mittel gegen die täglichen Blechlawinen auf unseren Straßen ist.

Das Schwarzfahrerfest bot wie immer ein gemischtes Programm aus Rebebelägen, Musik und Kabarett. Zuerst sprach Norbert Sorge für das Stuttgarter Arbeitslosenzentrum und betonte, daß gerade die sozialen Randgruppen immer größere Probleme haben, die steigenden Fahrpreise zu bezahlen. Er wendete sich dagegen, daß Billig-Abos zeitlich begrenzt sind.

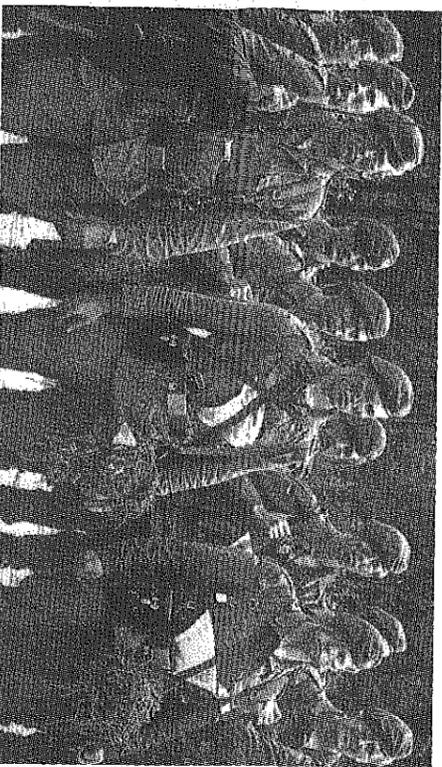
Der zweite Redner war Dieter Jansen, Pflegschafter öv-Mitglied und aktiver Juso. Er ging vor allem auf die miserablen Arbeitsbedingungen im Krankenhaus ein. Kersin Käfer vom Juso-Kreisvorstand erklärte in ihrer Rede den Zusammenhang zwischen Golfkrieg und Verkehrspolitik. Gerade in Stuttgart, wo mit Daimler-Benz einer der weltweit größten Automobil- und Rüstungskonzerne sitzt, ist dieser Zusammenhang zwingend. Die Bevölkerung muß diesen Konzern kontrollieren - nicht umgekehrt. Umwelt retten, Rüstungs stoppen, Daimler entlegen!

Die Redaktion bietet zur Unterstützung der Kampagne eine Materialsammlung mit Presseberichten, Anträgen und Argumenten an, die bei uns bestellt werden kann (Preis: 2,50 DM + Porto). Schickt von allen Anträgen Kopien sowie Berichte von Aktionen an die Redaktion, damit wir in der Mai-Ausgabe Näheres über den Widerstand der Parteibasis berichten können.

* Als weitere Veranstaltungsmöglichkeit bieten sich Podiumsdiskussionen mit Vertretern der Jungen Union und/oder Bundeswehrvertretern/Soldaten an.

* Fordert Jugendliche auf mit uns in der SPD dafür zu kämpfen, daß die Grundgesetzänderung abgelehnt und jede weitere Aufrüstung bekämpft wird.

Goran Haastenteufel, Stuttgart Jungsozialist



Jede Armee im Kapitalismus verteidigt letztlich die Interessen der Herrschenden - demnachst auch in aller Welt?

Offener Brief aus der Friedens-Bewegung an die Basis der SPD (Auszüge)

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde in der SPD!

Deutschland ist durch den Golfkrieg vor eine der wichtigsten Entscheidungen seit der Wiederbewaffnung gestellt: Sollen im Rahmen der Bundeswehr spezielle Einzeiltruppen („deutsche Marine“) für weltweite Einsätze (Schlüsselwort: „Welsherriff“) geschaffen werden? Wir müssen gemeinsam eine öffentliche Debatte erzwingen, und gerade ihr als Parteibasis der SPD habt das in der Hand. Während der AKW-Diskussion und dann wieder beim Tempo der Wiedervereinigung haben führende Politiker auch Eurer Partei vor „unverantwortlichen Schnellschüssen“ gewarnt. Wie wir heute wissen zu Recht: Es wäre eine makabre Groteske, wenn nun ein Verfahren der „Schnellschüsse“ ausgerechnet dort favorisiert würde, wo es bitterernst um die Verantwortung des Schließens geht.

Die SPD hat der Wiederbewaffnung schonzeitig nur unter der strikten Einschränkung zugestimmt, daß die Bundeswehr ausschließlich zur Verteidigung Westeuropas und gegen einen

Angriff auf unser eigenes Territorium dienen darf. Wir haben das Wort von Helmut Schmidt von 1980 noch im Ohr: „Die Deutschen haben die Schlanze voll vom Schießen!“ Wir haben das dannige Wahlversprechen nicht vergessen: „Wir wollen keine militärischen Abenteuer, Herr Strauß!“ Auf dem Münchener Parteitag 1988 wurde jede Ausweichung dieser Position zurückgewiesen. Soll das (wegen des Golfkriegs!) nun plötzlich wieder einmal alles Geschwätz von gestern gewesen sein?

Die Initiative des Präsidiums vom 26.2. ist ein typischer „Schnellschuß“: pro „friedensbildende“ UNO-Einsätze der Bundeswehr per Grundgesetzänderung - also Umsturz einer langjährigen prinzipiellen Haltung. Umstimmigkeiten scheint es bei der Mehrheit kaum noch übers Prinzip zu geben, sondern nur noch darüber, wie man der Basis diesen „Hammer“ verkaufen kann.

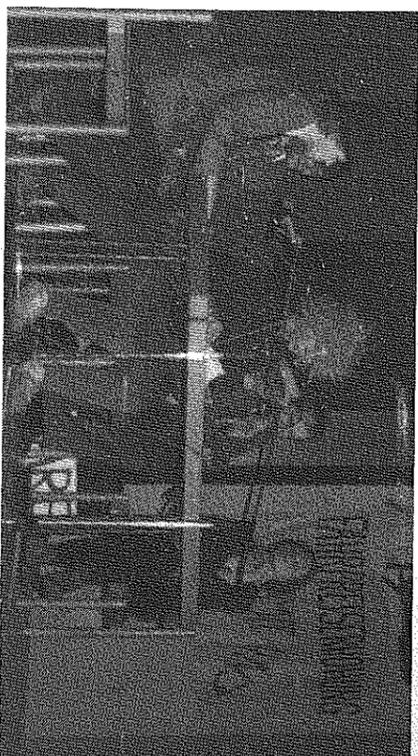
Deshalb seid ihr als Parteibasis jetzt gefordert: Von Euch hängt es ab, ob High-Tech-Einzeiltruppen der Bundeswehr unsere Kinder nach dem Jahr 2000 (oder sogar schon früher) in kriegerische Eskalationen entwickeln können sollen. Ihr werdet, wenn Ihr sol-

chen Schaden vom deutschen Volk abzuwenden sucht, auf breite Unterstützung aus der Friedensbewegung rechnen können. Ihr habt ein kostbares zivilgesellschaftliches Mandat...

Veranstaltungsmäßig läßt sich eine Trennwand zwischen UNO-Kommando, UNO-Austrag und UNO-Ermächtigung (Golfkrieg) ebenso wenig errichten wie zwischen „friedensbildender“ (Blauhelmen) und „friedensbildender“ Maßnahmen (offensive Operation bis zur Eskalationsstufe des Golfkriegs). Fall-zu-Fall-Entscheidungen der Legislative, wie sie ein Teil des SPD-Präsidiums verspricht, widersprechen wegen der Eile in Krisensituationen juristisch der sogenannten „Bündnisfähigkeit“, sind daher nicht durchsetzbar....

Soll die Steuerliche der Regierung nun durch einen Blauhelmschwindel noch überboten werden? In Eurer Hand liegt es, durch diese Rechnung einen Strich zu machen, indem ihr durch den Parteitag ein Mandat gebt, diese Grundgesetzänderung zu verhindern.

Unterzeichner u.a.: Aktion Sühnezeichen, BRU, Initiative Kirche von unten, Internationale Ärzte für Verhütung des Atomkriegs (IPPNW), Komitee für Grundrechte und Demokratie, Medio International, Pax Christi



Kabarett-Einlagen beim Schwarzfahrerfest.

... mach' mit bei den Jusos!

Internationale Perspektiven

Die Welt im Umbbruch

Nach dem Zusammenbruch stalinistischer Diktaturen in Osteuropa und dem Ende des bisherigen „kalten Krieges“ sprachen die bürgerlichen Medien und Politiker fast unaufhörlich vom „endgültigen Sieg der Marktwirtschaft über den Marxismus“, vom Beginn einer neuen Epoche der Geschichte, einer Epoche von Wohlstand, Frieden, Demokratie und Glück für alle Menschen.

Doch Anfang 1991 kam es anders. Der Golfkrieg hat Materialschlachten, Todesopfer vor allem unter der Zivilbevölkerung und Ummweltschäden verursacht, die die Kriegstreiber des 2. Weltkrieges rückblickend fast wie Amateure und Anfänger erscheinen lassen.

Und während sich die bürgerliche Welt über den irakischen Präsidenten aufregte, verschwand die Hungersnöte, Bürgerkriege und Umweltkatastrophen in den unterentwickelten Ländern der sogenannten „dritten“ Welt fast völlig aus ihrem Augenmerk. Länder wie etwa die meisten afrikanischen Staaten, die nicht das Glück (oder Pech) haben, auf Öl- oder sonstigen wichtigen Rohstoffquellen zu sitzen, werden von den kapitalistischen Metropolen einfach „abgeschrieben“. Sie spielen wirtschaftlich und politisch eine immer geringere Rolle; der Anteil der unterentwickelten Länder am Welthandel ist

gewissen, daß der Boom in Westdeutschland nicht die Regel im weltweit verflochtenen Kapitalismus darstellt.

Das Wirtschaftswachstum der letzten acht Jahre hat hierzulande wie auch tendenziell in allen kapitalistischen Industrieländern zu einer unvorstellbaren Anhäufung von Reichtum in den Händen weniger geführt, während die Masse der Lohn- und Gehaltsabhängigen den Lebensstandard kaum steigern konnte. Gleichzeitig sind in allen westlichen Ländern viele Millionen in den Sog von Dauerarbeitslosigkeit, Armut und führen ein Dasein am Rande des oder unter dem Existenzminimum: 6 Millionen allein in der AL-BRD, 55 Millionen in den Ländern der EG (dies entspricht der Bevölkerungszahl Frankreichs) und 20 Millionen allein in den USA. Bettler im Schatten der Konzentralen, Banker- und Versicherungs-

Ostdeutschland begonnen haben, ihre alten kämpferischen Traditionen wiederzuentdecken.

Das nunmehr vereinigte Deutschland wird nie wieder die (weltgehend) stabilen Verhältnisse zurückbekommen, die die alte Bundesrepublik jahrelang aufweisen konnte. Gleichzeitig haben gerade die letzten Wochen deutlich gemacht, daß die herrschende Klasse Deutschlands dazu willens und bereit ist, weltpolitisch eine „stärkere“ und „aktiver“ Rolle zu spielen (im Kohls-Wort: „sich der Verantwortung stellen“). Der Bundeswehneinsatz im „NATO-Partnerland“ Türkei und die Waffenlieferungen an Israel sind erste Schritte und Versuchsballons, um die Bevölkerung daran zu gewöhnen, daß nicht Abrüstung, sondern zunehmende militärische Aktionen in aller Welt in den 90er Jahren wieder von deutschem Boden ausgehen werden.

Nachdem der klassische Ost-West-Konflikt der „Nachkriegszeit“ weitgehend abgebaut worden ist, leitet der Golfkrieg eine neue Epoche ein, in der zunehmend Nord-Süd-Konflikte das Weltgeschehen bestimmen. Der Sieg der Imperialisten im Golfkrieg wird die Völker der sogenannten „3. Welt“ zeitweilig demoralisieren und die Herrschenden des Westens dazu ermutigen, auch zukünftig ihre Interessen durch Militärxaktionen durchzusetzen.

Wenn es darum geht, daß die führenden kapitalistischen (imperialistischen) Industrieländer den Zugang zu lebenswichtigen Ölserven sichern und allen Regimes in der kolonialen Welt exemplarisch zeigen wollen, daß sie nicht „aus der Reihe zu tanzen“ haben, so halten die westlichen Großmächte und ihre Verbündeten zusammen.

Doch gleichzeitig werden jetzt auch verstärkt innerimperialistische Konflikte sichtbar, wie sie bereits zu Beginn

- natürlich unter ihren Bedingungen - voranzutreiben.

Doch die weitere Integration der EG könnte sich unter dem Druck einer Wahlwirtschaftskrise verlangsamen oder ganz zum Stillstand kommen. Mittlerweile befindet sich die Wirtschaft wichtiger kapitalistischer Industrieländer (wie USA, Großbritannien, Kanada, Italien, Schweden) in der Rezession oder auf dem Wege dorthin. Schon jetzt sind bei wirtschaftlich schwächeren Mächten wie Großbritannien, Frankreich, Italien oder Spanien Tendenzen sichtbar, sich gegen die Übermacht des deutschen Kapitals zu wehren, denn mit einem Anteil von 36% an der Gesamt-Wirtschaftskraft der EG ist der deutsche Kapitalismus tonangebend.

Krise und Handelskriege

Weltweite Arbeitseinstellung, der Abbau von Zollschranken und anderen Handelshemmnissen haben in der „Nachkriegszeit“ wesentlich zum Aufschwung der kapitalistischen Weltwirtschaft beigetragen. Doch mit zunehmender wirtschaftlichen Schwierigkeiten kehren vor allem die stärker von der Krise betroffenen kapitalistischen Länder immer mehr von der Politik des freien Handels ab und versuchen, durch einseitige Maßnahmen der heimischen Wirtschaft einen Vorteil vor den ausländischen Konkurrenten zu verschaffen. Das Scheitern der Brüsseler Konferenz des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) im letzten Dezember drückt eine solche Tendenz aus.

Während die USA im Golfkrieg alles daran setzten, um ihre Rolle als „Weltpolizist“ zu behaupten, mußte Präsident Bush jüngst offiziell eingestehen, daß sich das Land in der Rezession befindet. Der durch Reagans Schuldenpolitik und den Verfall der Rohstoffpreise in die Länge gezogene Aufschwung der 80er Jahre hat nichts daran geändert, daß die USA wirtschaftlich im Vergleich zu ihren wichtigsten Konkurrenten immer mehr zurückgefallen sind. Die japanische Wirtschaftsleistung pro

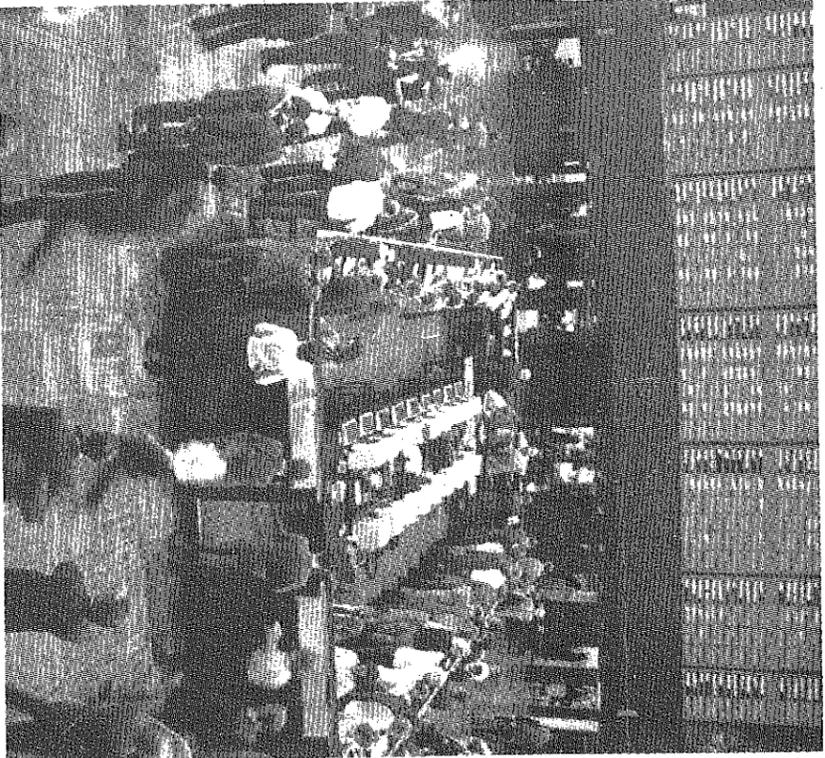
sich dieser Anteil auf 22% erhöht.

Dabei hat sich die soziale Lage der US-amerikanischen Arbeiterklasse letzten Jahrzehnt im großen und ganzen verschlechtert. Während sich für die oberen 20% der Lohnabhängigen der Lebensstandard verbessert hat, sank das Realeinkommen für die übrigen 80% der Lohnabhängigen in den letzten acht Jahren um durchschnittlich 7%. Berufskrankheiten und Arbeitsfälle haben dramatisch zugenommen. In den USA befindet sich die organisierte Arbeiterbewegung derzeit noch in der Defensive und die meisten Arbeiter vor allem jedoch die jüngere Generation, sind den Wahlen ferngeblieben, weil sie sich von keiner politischen Kraft vertreten oder angesprochen fühlen.

Lateinamerika

Im „Hinterhof“ des US-Imperialismus, in Lateinamerika, hat sich seit 1982 um 50 Millionen gestiegelt. Allen zwischen 1982 und 1985 floren lateinamerikanischen Ländern ein Milliarden Dollar an Entwicklungsschulden und Investitionen zu. Gleichzeitig und Investition zu. Gleichzeitig und doch machten die Rückzahlungen Schulden aus Lateinamerika an Banken der imperialistischen Länder 144 Milliarden Dollar aus - ein Nettobezug von 106 Milliarden Dollar!

Diese Länder haben vom Aufschwung in den hochentwickelten Industrieländern so gut wie nichts bekommen: die Kapitalflucht hat hier Wirtschaft weiter in die Krise getrieben und den Aufschwung in den USA und der Reagan-Administration gestoppt. Dementsprechend sind starke politische Erschütterungen, krasse gesellschaftliche Polarisierung nach links nach rechts und Tendenzen zur Auflösung der öffentlichen Ordnung staatlichen Autorität vorprogrammiert. In Nicaragua, wo vor einem Jahr Wunschkandidatin der USA bei Wahlen die Sandinisten schlug und die Präsidentschaft übernahm, hat sich wirtschaftliche und soziale Lage so verschlechtert, daß das Land 19



Der Aufschwung der letzten acht Jahre hat zur Anhäufung von unvorstellbarem Reichtum in den Händen weniger geführt.

zwischen 1980 und 1986 von 28 auf 19% gefallen.

Während der Golfkrieg schätzungsweise 60-80 Milliarden Dollar kostete, machte die EG mal gerade eine Million DM locker, um den Kampf gegen die verheerende Cholera-Epidemie in Peru zu unterstützen. Die Mehrheit der Peruaner hat weder sauberes Trinkwasser noch eine geregelte Abwasserkanalisation. 90% der erwerbsfähigen Bevölkerung sind entweder unterbeschäftigt oder arbeitslos, das Produktionsniveau ist auf den Stand der 60er Jahre gesunken. Und jetzt muß die peruanische Bevölkerung an der Schwelle zum 21. Jahrhundert eine Seuche erleben, die man schon längst für überwunden gehalten hatte. Das ist die grausame Wirklichkeit der kapitalistischen Marktwirtschaft für die Massen der „3. Welt“.

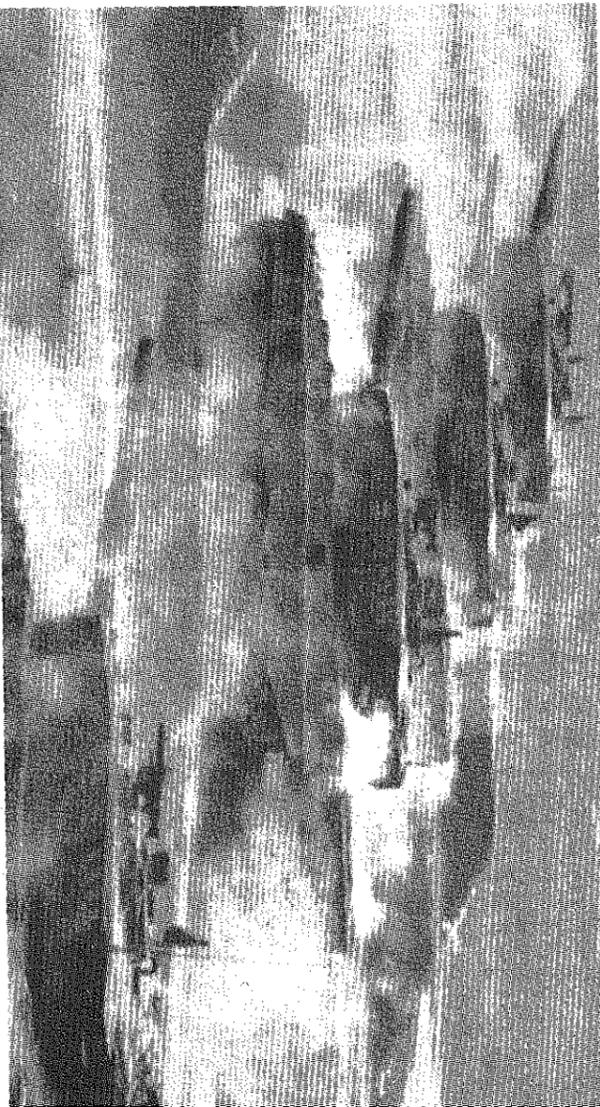
Angestrichelter Sieg der Marktwirtschaft

Während die Kapitalisten und ihre politischen Unterstützer bis in die Keimzelle der SPD und Gewerkschaften hinein uns unermüdetlich einzuhämmern versuchen, daß wir in der besten aller Gesellschaftsformen leben, haben wir

paläste gehöhen inzwischen zum alltäglichen Erscheinungsbild in Frankfurt, Paris, London oder New York. Ebenso bestätigen die Entwicklungsgen auf dem Gebiet der Ex-DDR unsere („pessimistischsten“) Warnungen und Prognosen vom Sommer 1990. Damals stärkten Kohl und Kapital wie auch die Spitzen von SPD und DGB die in der Bevölkerung der DDR vorhandenen Illusionen, daß ein Anschluß an die BRD und somit die Wiedereinführung der kapitalistischen Marktwirtschaft eine rasche Angleichung an den westdeutschen Lebensstandard mit sich bringen würde. Dagegen warnten wir, daß weit Teile der ostdeutschen Industrie ernsthaft vernichtet würden und die Massenarbeitslosigkeit wichtige Gebiete im Osten zu einem neuen „Notstandesgebiet“ machen würde, ähnlich wie Süditalien, Nordengland und Schottland innerhalb ihrer Staaten.

Großmacht Deutschland

Die in den letzten Wochen aufgefamnnten Kämpfe, Demonstrationen und Streiks zeigen jedoch, daß nach über 40 Jahren Stalinismus und trotz (anfänglicher) Illusionen in die westli-



Pariser statt Brot: Weltweit werden täglich Milliarden-Beträge für Rüstung verschleudert.

dieses Jahrhunderts zu Tage traten und damals schließlich zum Ausbruch des 1. Weltkrieges führten. Unter heutigen Bedingungen nehmen die USA, Japan und Deutschland die Rolle von kapitalistischen Großmächten ein, die ihrerseits eine Reihe zwei- und drittangefiger kapitalistischer Mächte um sich herum gruppieren wollen: Die USA versuchen, nicht nur Kanada, sondern alle amerikanischen Staaten wirtschaftlich und politisch zusammenzufassen.

Japan unternimmt ähnliche Initiativen im ostasiatischen, pazifischen Raum. Und die deutsche Kapitalistenklasse ist daran interessiert, nach der Vereinigung Deutschlands nun die wirtschaftliche und politische Interpretation der EG alle amerikanischen Staaten wirtschaftlich und politisch zusammenzufassen. Japan unternimmt ähnliche Initiativen im ostasiatischen, pazifischen Raum. Und die deutsche Kapitalistenklasse ist daran interessiert, nach der Vereinigung Deutschlands nun die wirtschaftliche und politische Interpretation der EG

neuen Bürgerkrieg abzugeworfen droht. Im beobachtbaren El Salvador, die gegen die Regierung kämpfenden Guerilla ihre Position behaupten, die Initiative an sich reißen können. Aus den Parlamentswahlen in Kamerun geht mit der von Mitgliedern ehemalsigen Demokratischen Allians 19 die Linke als eindeutiger Wahlsieger hervor.

Ebenso siegte bei den jüngsten Wahlen in Haiti der Linkskatholik Aristide über den Kandidaten des alten Regimes. Daß jedoch der wirtschaftliche Niedergang eines Landes die Wahlen - oder Teile von ihnen - wieder verstärkt zu Mitteln der

Internationale Perspektiven

Militärdiktatur greifen läßt, zeigen der Militärputsch in Surinam und die Militärvöllen in Argentinien und Panama.

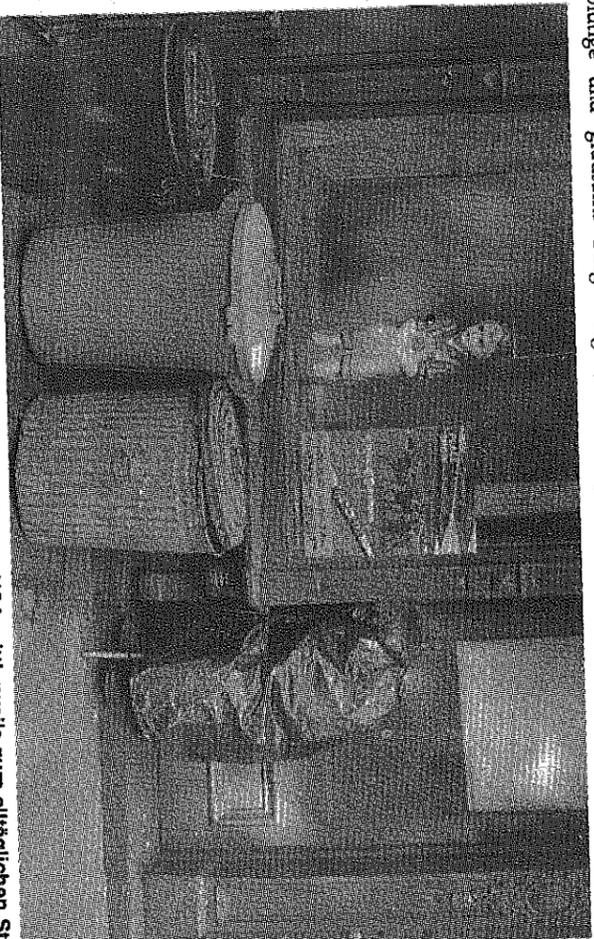
Bei seinem jüngsten Besuch in Chile wechselten George Bush und der Ex-Diktator und nach wie vor Oberkommandierende der Armee, General Pinochet, miteinander höfliche Worte. Daß der General, der nach seinem Putsch von 1973 50.000 Menschenleben auf dem Gewissen hat, nach wie vor nicht für seine Verbrechen zur Rechenschaft gezogen worden ist, störe den Präsidenten ebensowenig wie die Begnadigung der für die Ermordung von 30.000 Menschen verantwortlichen Putschgenossen, die im Nachbarland Argentinien zwischen 1976 und 1983 an der Macht waren.

Afrika

Abgesehen von Südafrika und den nordafrikanischen, arabischsprachigen Ländern sind die meisten der afrikanischen Staaten aus den Schlagzeilen der bürgerlichen Weltpresse verschwunden. In Somalia und Liberia hat die langjährige Herrschaft von Diktatoren blutige und grausame Bürgerkriege

Wiederaufbau der kapitalistischen Marktwirtschaft antanzen, da frohlockten die westlichen Kapitalisten und ihre Politiker über diese „geschichtlichen Stunden“.

Inzwischen hat die bittere Realität die Illusionen von 1989 eingeholt. Wo immer versucht wird, durch massive Privatisierung staatlicher Betriebe und Abbau von Subventionen im Sozialbereich das westliche System nachzutun und die Forderungen des internationalen Währungsfonds zu erfüllen, sind Massenarbeitslosigkeit, Inflation und die uralten Übel einer kapitalistischen Gesellschaft wie Armut, Obdachlosigkeit, Drogenabhängigkeit und Prostitution die neuen „Ernungsgeschäften“ dieser Länder. Ungerührte Gewerbetätigkeit, Öffnung zum Weltmarkt bringen zwar für einige, nämlich die sich neu herausbildende Klasse der Unternehmer, Millionäre, Händler, Schleher und Spekulant sozialen Aufstieg und schnellen Luxus. Doch viele Arbeiter und Rentner, die unter der stalinistischen Planwirtschaft trotz allem immerhin noch eine gewisse soziale Absicherung hatten, erleben jetzt den sozialen Abstieg.



Erste Welt: Armut und Obdachlosigkeit gehören in den USA mittlerweile zum alltäglichen Straßenszenario.

provoziert. In Äthiopien dauert der Krieg gegen die für Unabhängigkeit kämpfende Bevölkerung in Eritrea und Tigray weiter an. In Angola und Mocambique ist der jahrelange, von Südafrika und den USA ins Land getragene Krieg derartig an die Substanz gegangen, daß diese Länder, die schon unter Kriegen des portugiesischen Imperialisismus litten, jetzt zu den am meisten von Hungernot gefährdeten afrikanischen Staaten gehören.

Von zentraler Bedeutung für die weitere Entwicklung des afrikanischen Kontinents wird jedoch die Entwicklung in Südafrika sein, vor allem weil hier für afrikanische Verhältnisse die größte Konzentration von wirtschaftlicher, industrieller Stärke und geballter, in bezug auf die Arbeiterklasse anzureichend ist. Da bis zum Jahr 2000 damit gerechnet wird, daß die Schwarzen mit 50 Millionen Menschen eine erdrückende Bevölkerungsmehrheit darstellen, hofft die (ausschließlich weiße) Kapitalistenklasse jetzt darauf, die Lage in Zusammenarbeit mit den kompromißbereiten Führern des ANC zu stabilisieren.

Die „Reformpolitik“ der weißen südafrikanischen Regierung, die Zulassung des ANC, die Freilassung Mandelas und die Ankündigung, die Politik der Rassentrennung aufzuheben, sind ein Versuch der herrschenden Klasse, durch Zugeständnisse an die schwarze Bevölkerungsmehrheit die Lage so weit zu entspannen, daß eine politische Explosion von unten vermieden werden kann. Allerdings werden sich die scharfen Arbeiter und Jugendlichen von Dauer nicht mit der Mitwirkung von scharfen Abgeordneten und Ministern zufriedengeben, wenn ihnen das System nicht angemessene Lebensverhältnisse sichert.

Osteuropa

Als die alten stalinistischen Regimes in Ost- und Südosteuropa kippten und

saturation.

Auf kapitalistischer Grundlage steht Osteuropa eine „Lateinamerikanisierung“ der Verhältnisse bevor. Der Traum von einer liberalen bürgerlichen Demokratie mit „sozialer Marktwirtschaft“ wird schnell wie eine Seitenblase platzen. Instabile bürgerliche Regimes werden versuchen, die gerade erst gewonnenen demokratischen Rechte (wie das Streikrecht) zu untergraben. Vor allem aber bringt die tiefe gesellschaftliche Krise mit sich, daß uralte und reaktionäre Ideen wieder aus der Mottenkiste geholt werden und – solange es keine starke demokratische und sozialistische Alternative gibt – allerlei Demagogen und Schachmaten politischen Einfluß gewinnen können.

Zweite Welt: Vom stalinistischen Regen in die marktwirtschaftliche Traufe – statt Käuferschlangen gibt es jetzt die Warteschlangen der Arbeitslosen!

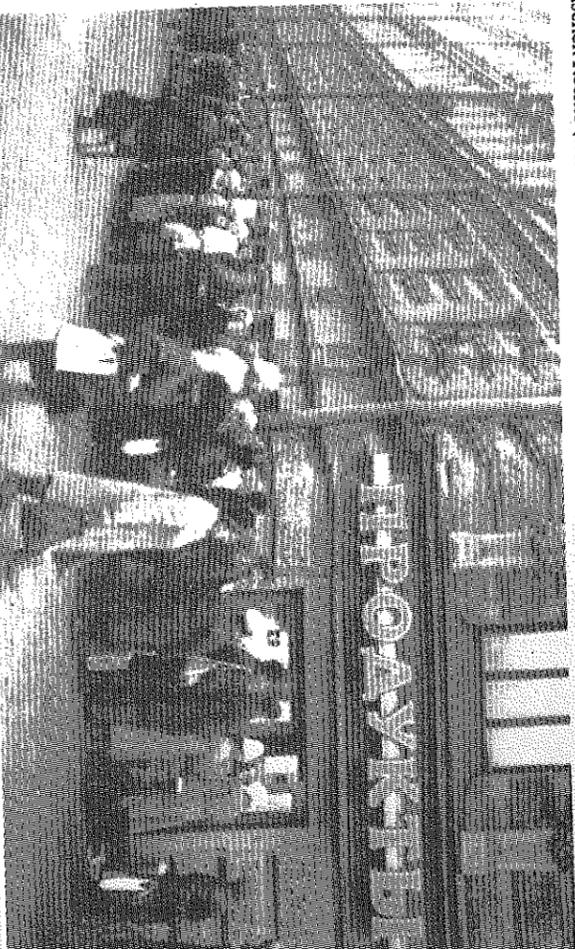
Das Wiederaufblühen von Nationalitätenkonflikten in fast all diesen Staaten bis hin zur Gefahr von Chaos Zerfall und Bürgerkriegen etwa in Jugoslawien und Ausscheidungen gegen Sinti und Roma sind Vorboten einer neuen Phase von Erschütterungen und schroffen Wendungen, die sich auch unmittelbar auf das bisher ziemlich stabile Mitteleuropa auswirken.

Mit am dramatischsten und atemberaubendsten werden die kommenden Entwicklungen in der Sowjetunion sein. Wie VORAN schon vor Jahren – damals allein gegen alle – vorausgesagt hat, lief die Politik der „Perestrojka“ auf den letztlich erfolglosen Versuch hinaus, die Herrschaft einer privilegierten Bürokratie durch vorsichtige Liberalisierung und die Einführung kapitalistischer Elemente abzusichern. Diese Politik hat das wirtschaftliche Chaos und die Armut im Volke stark vergrößert. Sicher ist heute nur, daß eine „Reformpolitik“, die es allen recht machen will, keinen Bestand haben wird. In der gegenwärtigen sowjetischen Gesellschaft sind sowohl starke Tendenzen in Richtung Kapitalismus wie auch in Richtung stalinistischer Militärdiktatur sichtbar, wobei selbst eine eventuelle offene Militärdiktatur unter Umständen in ihrer Orientierungslosigkeit einen kapitalistischen Weg einschlagen könnte. Ein kapitalistisches Rußland wäre allerdings unter heutigen Bedingungen keine liberale und soziale Demokratie, sondern eher ein Polizeistaat wie das alte vorrevolutionäre Zarenregime, das nationalen Minderheiten ebensowenig das Recht auf Selbstbestimmung einräumen könnte wie seine Vorgänger-Regimes.

Bei alledem sollte jedoch nicht vergessen werden, daß die sowjetische Arbeiterklasse noch nicht das letzte Wort gesprochen hat und in der gegenwärtigen spannungsgeladenen Atmosphäre jederzeit spontane Massenbewegungen vor allem in den russischen und ukrainischen Industriezentren bis hin zur Herausbildung von Kontroll- und Machtorganen von unten das Blatt wenden könnten. Unter solchen Umständen könnte der Staatsapparat sehr schnell in der Luft hängen und könnten die Arbeiter – auch wenn sie bisher noch Illusionen in die Marktwirtschaft haben sollten – damit beginnen, Wirtschaft und Gesellschaft instandzusetzen und im

eigenen Interesse neu aufzubauen. Anfang dieses Jahrhunderts sprach Rosa Luxemburg davon, daß die Menschheit vor der Alternative „Sozialismus oder Barbarei“ steht. Die beiden Weltkriege haben diese Warnung bestätigt. Die Mehrheit der Menschen lebt heute unter der Herrschaft von Kapitalismus und multinationalen Konzernen schlechter als noch vor Jahrzehnten.

Aktivität zurückgegangen; ebenso liegen in manchen Ländern gewerkschaftlicher Organisationsgrad und Streikaktivitäten in der zweiten Hälfte der 80er Jahre nach, viele traditionelle Linke haben derzeit die Hoffnung aufgegeben, daß sich „noch etwas machen läßt“. Bei allem Lamenteren über die Schwierigkeiten der letzten Jahre dürfen wir nicht vergessen, daß es auch in



Zweite Welt: Vom stalinistischen Regen in die marktwirtschaftliche Traufe – statt Käuferschlangen gibt es jetzt die Warteschlangen der Arbeitslosen!

Den Tag für Tag Tausende Menschen durch Hunger oder Bombenhagel getötet werden und ganze Regionen wieder in Barbarei zurückfallen, ist letztlich die Folge davon, daß es der internationalen Arbeiterbewegung bisher nicht gelungen ist, sich durchzusetzen und an die Stelle einer kleinen herrschenden Minorität eine sozialistische und demokratische Gesellschaft aufzubauen, in der die arbeitende Bevölkerung die Macht ausübt.

Sozialismus

Auch wenn das Wort „Sozialismus“ wegen der Verbrechen des Stalinismus für viele einen schlechten Klang hat: die handfesten Erfahrungen im und mit dem Kapitalismus werden in den kommenden Jahren das politische Pendel wieder nach links ausschlagen lassen. Die politischen Vorgänge in den Hochburgen des Kapitalismus – Nordameri-

den 80ern Massenbewegungen gegeben hat: die Massen-Kampagne gegen die Kopfsteuer in Großbritannien hat es immerhin geschafft, die Eisernen Lady vom Thron zu stoßen; dabei war gerade Thatcher ein Symbol der gesamten „konservativen Wende“ der 80er Jahre. In Spanien hat die aus den Schlachten und Studentenprotesten vor vier Jahren heraus gebildete Schüler- und Studentengewerkschaft der Regierung große Zugeständnisse abtrotzen können und im Januar/Februar die Stimmung im Land gegen den Golfkrieg derart stabilisieren können, daß Spanien neben der Türkei wohl das einzige europäische Land war, wo die Mehrheit der Bevölkerung gegen den Krieg war.

Die Erfahrungen mit der Rezession und Angriffen auf Lebensstandard und Sozialleistungen, ebenso internationale Entwicklungen wie etwa die Auswirkungen des Golfkrieges werden eine



Dritte Welt: Die kapitalistische Marktwirtschaft beschert den hier lebendenden zwei Dritteln der Menschheit nur Armut, Hungernöte, Diktaturen und Krieg.

neue Schicht von Jugendlichen unter jüngeren Gewerkschaftern aktiviert und so den Nährboden schaffen für künftige linke Massenbewegungen. Offensiven der Arbeiterbewegung, wie sie bereits Anfang bis Mitte der 70er Jahre in Europa zu verzeichnen waren, die Spitzen der Gewerkschaften und der linken und Arbeiterparteien nach rechts gegangen. „Sozialistische“ Regierungen wie in Schweden, Frankreich oder Spanien betreiben heutzutage eine Politik, die sich in fast nichts von der früheren bürgerlichen Vorgänger unterscheidet. In vielen traditionellen Arbeiterorganisationen ist in den letzten Jahren die

Hans-Cerd Öfinger, Wiesbaden SPD-Mitglied

Internationales

Neue Hoffnung für Haiti



29 Jahre lang wurde Haiti von der Diktatur des Duvalier-Clans unterdrückt, bis Diktator „Baby Doc“ durch revolutionäre Unruhen gestürzt wurde. Nach einer vierjährigen Episode von verschiedenen Militärdiktaturen, die das Land unter Duldung Washingtons und der Todesschwadron „Tontons Macoutes“ weiter ins Elend rissen, haben viele jetzt neue Hoffnung geschöpft. Bei der ersten freien Wahl im Dezember siegte der Kandidat der Linken, der Priester Jean-Bertrand Aristide, mit überwältigenden 70% der Stimmen. Der Kandidat der Oligarchie und der USA, ein Funktionär der Weltbank, erreichte nur 12%.

Haiti ist das ärmste Land der westlichen Hemisphäre. 80% der sechs Millionen Einwohner leben unter der Armutsgrenze, die Kindersterblichkeit beträgt 20%, und das Analphabetentum wird in ländlichen Gebieten auf 85% geschätzt, während sich Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung auf 65% belaufen.

Der Wahlsieger Aristide ist ein Vertreter der in Lateinamerika populären „Theologie der Befreiung“. Die Anhänger dieses vom Vatikan abgelehnten und bekämpften Christentums stellen

im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, oftmals im Gegensatz zur etablierten Kirchenoligarchie, eher auf der Seite der Armen. Die Befreiungstheologen versuchen dabei, die in Basisgemeinden versammelten Menschen politisch zu organisieren und im Kampf gegen die vom Imperialismus gestützten Diktaturen anzuleiten.

Der 37jährige farbige Priester, der im Wahlkampf seine Synpathie für Fidel Castro bekundete und gegen den „Doliar-Imperialismus“ weitere Versprechungen der Beendigung der Korruption

und der Bekämpfung der Todesschwadronen auch eine umfassende Bodenreform sowie die Rückführung der vom Duvalier-Clan ins Ausland entführten Staatsgelder.

Von der katholischen Kirche verstoßen, weil er den Klassenkampf predigte, sieht sich Aristide auf Haiti vielen Feinden gegenüber: Großgrundbesitzer, Agenten des Duvalier-Clans und Militärs bedrohen den Priester lautend mit dem Tod. Während des Wahlkampfes überlebte Aristide nur knapp mehrere blutige Attentate. Selbst kurz vor Amtsantritt des Priesters gab es noch einmal einen Putschversuch, der „Tontons Macoutes“, der aber durch Massenmobilisierung der Bevölkerung und Eingreifen loyaler Militärs scheiterte.

Die US-Regierung, die früher jahrzehntlang die blutige Diktatur unterstützte, hat sich jetzt in Anbetracht der Massenunterstützung widerwillig hinter Aristide gestellt, wohl in der Hoffnung,

malignen Handelspartnern in Osteuropa selbst in einer Krise. Auch eine Parteireform, wie in der Einheitspartei durch Castro momentan angeregt wird, kann hier nur wenig ändern.

Nur wenn es der Bevölkerung Haitis gelingt, Großgrundbesitz und die wichtige Industrie zu entzweigen, die Korruption durch Maßnahmen wie demokratische Kontrolle und jederzeitige Abwählbarkeit der Funktionäre zu bekämpfen, und wenn die kubanischen Arbeiter die Bürokratie mit ihren zentralistischen Strukturen durch echte Arbeiterdemokratie ersetzen, können diese Staaten auf eine Entwicklung und Ausweitung des Sozialismus in der Karibik hoffen. Und nur, wenn nach einem solchen Vorbild die Arbeiterklasse der übrigen karibischen und auch der lateinamerikanischen Staaten sozialistische Demokratien erkämpfen, kann die wirtschaftliche Isolation Cubas und die Armut auf Haiti und den anderen Inseln beseitigt werden. Das wäre dann der von Aristide angekündigte „Lavalas“ – was auf kreolisch „Erdrutsch“ bedeutet.

Nick Brauns, München
Jungsozialist



Anhänger des Armenpriesters Jean-Bertrand Aristide feiern in Port-au-Prince seinen Wahlsieg.

Internationale Notizen

Lateinamerika

Nach einer Studie der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) sind rund 40% der Bevölkerung des lateinamerikanischen Kontinents Kinder im Alter von 9 bis 15 Jahren. Rund 20 Millionen dieser Kinder nehmen regelmäßig Drogen, vor allem um ihr trauriges Dasein, Hunger und Kälte zu vergessen. Die Versuchung der USA, dem Problem durch Vernichtung von Coca- und Marihuana-Pflanzungen zu begegnen, geht an den Ursachen vorbei. Die Wurzel des Problems liegt in der zunehmenden Unterentwicklung des Kontinents, betont die Studie.

Peru

Die Cholera-Seuche in Peru trifft vor allem die unterernährten armen Bevölkerungsschichten, das sind mit 14 Millionen fast 2/3 der Einwohner; die reichen Viertel der Hauptstadt Lima z.B. verzeichnen nur wenige Kranke. Mit einer bemerkenswerten Ausnahme: Die Slum-Vorstadt „Villa El Salvador“ mit 270.000 Bewohnern am Rande von Lima.

Entsprechend den Hochrechnungen erwarten die Ärzte in diesem Slum ca. 5400 Cholera-Erkrankungen. Doch dort existieren Volks- und Basisorganisationen, in denen vor allem Frauen Volksküchen, Nachbarschafts-, Umweltschutz-, Alphabetisierungsgruppen sowie einen Gesundheitsdienst mit Volkapotheken unterhalten. Seit Ausbruch der Seuche wurden primäre Ambulatorien errichtet, die Salzbeutel zum Ausgleich von Elektrolyten-Verlusten bei

Cholera-Patienten verteilen. Über Lautsprecher und Flugblätter werden der Bevölkerung Vorsorge- und Hygienemaßnahmen erklärt. 600 Frauen schwärmen regelmäßig zu Hausbesuchen aus, um die Einhaltung der Schutzmaßnahmen zu kontrollieren. Das Ergebnis: Die Cholera-Rate in diesem Slumviertel lag mit 144 Erkrankungen bis Ende Februar nicht höher als in den Villenvierteln; keiner der Patienten war gestorben.

Sowjetunion

In 93 sowjetischen Bergwerken in Sibiren, Zentralrußland und der Ukraine befinden sich die Arbeiter im Streik, der z.T. unbefristet laufen soll. Damit knüpfen die Bergarbeiter an den großen Streik vom Sommer 1989 an, der ihnen zwar Zugeständnisse auf dem Papier brachte, die jedoch nur teilweise eingehalten wurden. Die ukrainischen Arbeiter im Donbass-Revier fordern 150% Lohnerhöhung, die sibirischen Bergarbeiter wollen darüberhinaus auch politische Forderungen durchsetzen, einschließlich den Rücktritt Gorbatschows.

In Moskau erschien zum ersten Mal eine russischsprachige Ausgabe von Leo Trotzki's Buch „Verratene Revolution“, eine marxistische Analyse der Entartung der Oktoberrevolution und der Stalin-Ära. Das Buch wurde mit Unterstützung britischer Marxisten der Zeitung „Millitant“ in einer Erstauflage von 100.000 Exemplaren in Moskau und auf zwei Versammlungen in Moskau und Leningrad der Öffentlichkeit vorgestellt.

„Nachkriegsordnung“ in Panama

US-Präsident Bush hat eine „Neue Weltordnung“ für die Zeit nach dem Golfkrieg angekündigt, als er im Januar den Krieg gegen Irak befahl. Sehen wir uns eine andere Erklärung des Weißen Hauses vor gut einem Jahr an, als das mittelamerikanische Land Panama von US-Truppen überfallen und eine höfliche Regierung eingesetzt wurde: „...Die Vereinigten Staaten haben diese Regierung anerkannt und werden normale Beziehungen wiederherstellen und (mit ihr) zusammenarbeiten, um ein freies und blühendes Panama wieder aufzubauen.“

Wie selten diese Blüten Panamas heute aus? Für die Mehrheit der Bevölkerung haben sie sich als Falschgeld erwiesen. Durch die Invasion entstand ein Schaden von 2,2 Mrd. Dollar (laut panamaischen Handelsministern). 2000-4000 Menschen kamen um, 18.000 wurden obdachlos – und sind es bis heute. Von der versprochenen Wiederauf-

Albanien: Demokratie oder Blutvergießen?

Als letztes Ostblockland begann Albanien erst Anfang 1990, vorsichtige wirtschaftliche und politische Reformen durchzuführen. Bereits Mitte 1990 hatte es Massendemonstrationen gegen das stalinistische Regime unter Ramiz Alia gegeben, die ihren ersten Höhepunkt in der Flucht von über 6000 Albanern in ausländische Botenschäften hatten. Seitdem reißt die Welle von Protesten gegen die Regierung nicht mehr ab.

Gleichzeitig ist von den Reformen, die Alia angekündigt hatte, für die Arbeiter, Bauern und Studenten kaum etwas zu spüren. Während sich die Forderungen der Studenten und Intellektuellen hauptsächlich in Richtung Demokratisierung bewegen, geht es bei den Arbeitern und Bauern oft um das nackte Überleben. Besonders in den Bergregionen ist die Lage für die albanische Bevölkerung katastrophal. Es gibt kaum Fleisch oder Gemüse, und selbst bei Brot und Milch kommt es oft zu Engpässen.

Alla versucht, durch die Privatisierung von Handel, Handwerk und Landwirtschaft die Versorgung zu verbessern und hofft auf ausländische Investoren – ein Experiment, daß bisher in allen osteuropäischen Staaten zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage geführt hat.

Zu Beginn dieses Jahres haben sich die Proteste erneut verschärft. Nachdem anfänglich die Studenten eine zentrale Rolle in den Auseinandersetzungen

haupte von 420 Mio. Dollar wurde bislang erst 50 Mio. gezahlt. Dafür kam die US-Regierung dem eigentlichen Kriegsziel näher: Die USA bauen jetzt ein neues logistisches Zentrum im Landesinneren auf, was eigentlich gegen den noch geltenden Panama-Kanal-Vertrag verstößt. Vollendete Tatsachen sollen die Kontrolle über das Jahr 2000 hinaus sichern – so sehen die „normalen Beziehungen“ des Weißen Hauses aus!

Spätestens heute bewahrheitet sich ein Anspruch eines US-Serganten, der Anfang Januar 1990 zur Überwachung der Tausenden von Obdachlosen im Baseballstadion eingesetzt war: „Wir haben hier einen Noriega gegen einen anderen ausgetauscht. Die Leute werden bald merken, daß sie einmal mehr betrogen wurden.“ (faz 4.1.90).

Die Unterstützung für die Marionettenregierung ist rapide gesunken: von 90% im Januar 1990 auf 32% im Früherbst 1990 (FAZ 20.12.90). Jetzt formiert

sich langsam eine neue Opposition, besonders aus den Gewerkschaften: Bisheriger Höhepunkt war die Großdemonstration am 4. Dezember 1990, bei der ca. 100.000 Menschen gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung und die Anwesenheit der US-Truppen demonstrierten. Zum 24-stündigen Generalstreik am 5. Dezember riefen 68 Gewerkschaften gemeinsam auf und bildeten eine einheitliche Front gegen die Regierungspolitik.

Im Dezember 1990 schrieb der panamaische Sozialwissenschaftler Raúl Leis: „Viele Panamerikas, die Invasion und Befreiung verwechseln, sehen jetzt klar: Wir werden immer mehr, die wir ein freies Väterland ohne ausländische Herrschaft wollen, ein Land, in dem das Volk sein Schicksal selbst bestimmt und eine wirkliche Demokratie“ (LAN, Januar 90)

Jens Breuß, Hamburg
Jungsozialist

Streiks in öffentlichen Transportunternehmen wurde in einigen Städten das öffentliche Leben lahmgelegt.

Einigen der neugegründeten oppositionellen Parteien geht diese Form des Protestes schon wieder zu weit. So sagte z.B. ein Delegierter der „ökologischen Partei“: „Wir sollen losgehen und die Arbeiter zur Wiederaufnahme ihrer Arbeit bewegen. Gleichzeitig sollten wir die Rädelsführer isolieren.“

Die Arbeiterbewegung muß entschlossen und vereint den Sturz des Alla-Regimes herbeiführen, mit Korruption und Sabotage aufzuräumen und die Produktion demokratisch planen. Sonst droht unnötiges Blutvergießen. Denn daß mit der albanischen Polizei und dem Militär nicht zu spaßen ist, hat sich auf den Demonstrationen gezeigt, bei denen es zahlreiche Tote und Verletzte gegeben hat.

Volker Hüfils, Lübeck
Jungsozialist



Seite Zehn

VORAN-Neuerscheinungen

Wir haben im Februar zwei neue Broschüren herausgebracht. Beide sind Nachdrucke von Zeitungsartikeln aus früheren VORAN-Ausgaben. Die Broschüre „Krieg und Revolution im arabischen Raum“ enthält u.a. eine Chronik der wichtigsten Ereignisse im arabischen Raum seit Ende des 2. Weltkrieges, Artikel über Israel und Palästina, die iranische Revolution 1979, den Krieg zwischen Iran und Irak 1980-88, den Golfkrieg 1990 und über den islamischen Fundamentalismus.

Die Broschüre „Krieg und Frieden“ enthält beispielsweise ein „Interview“ mit Rosa Luxemburg, Artikel über Rüstungswettlauf, die Unzuverlässigkeit von Friedensverträgen anhand historischer Beispiele, Rüstungskonvention, den 2. Weltkrieg und den Vietnamkrieg.

Beide Broschüren kosten je 3,- DM plus Versandkosten. Für Einzelexemplare fallen 1,40 DM Versandkosten an. Die Broschüren sind bei der Redaktion zu bestellen.

In Kürze erscheint eine vollständige VORAN-Materialliste, die Ihr auch über die Redaktion bekommen könnt.

Bestellabschnitt

Ich bestelle hiermit

Exemplare von „Krieg und Frieden“

Exemplare von „Krieg und Revolution im ...“

eine ausführliche VORAN-Materialliste

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Dafür kämpft VORAN

- Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch und Steuerprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei starker Progression (d.h. höhere Belastung der Großverdiener).
- Ein massives staatliches Programm zur Förderung des sozialen Wohnungbaus, des öffentlichen Personennahverkehrs bei Nulltarif, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Umweltschutzmaßnahmen.
- Arbeit für alle, Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.
- Statt Alt- und Sozialhilfe im Westen und Billiglöhne im Osten: Garantiertes Mindesteinkommen (einschließlich Renten) von 1500 DM netto für alle ab 18 Jahre.
- Ersatzlose Streichung des §218; kostenlose Familienplanung; hundertprozentige qualifizierte Versorgung mit staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Kinder zum Nulltarif.
- Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in Deutschland lebenden Menschen ab 16 Jahren. Hände weg vom Asylrecht.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. garantierten Ersatzarbeitsplätzen für die Beschäftigten.
- Keine Privatisierung staatlicher Betriebe in Ost und West, Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen im Westen; Demokratische Verwaltung der staatlichen Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. 1/3 Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat), die nicht

mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

- Statt kapitalistischer Verschwendung und bürokratischer Mißwirtschaft: für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.
- Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.
- Die SPD muß die arbeitende Bevölkerung für ein solches Programm mobilisieren.
- Ein sozialistisches Deutschland wäre ein erster Schritt zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung im Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Freiheit für Mahmoud Masarwa

Gutes Ergebnis für Solidaritätskampagne

Der Appell an unsere Leser und Unterstützer, sich für die Freilassung von Mahmoud Masarwa einzusetzen, der seit fast 4 Jahren politischer Gefangener in Israel ist, stieß auf erfreuliche Resonanz.

Bei zahlreichen Antikriegsdemos und -veranstaltungen wurde über den Fall Mahmoud informiert, Unterschriften und Geld gesammelt. Hier einige Beispiele: Aachener, Wiesbadener und Nürnberger Kriegsgegner sammelten bei der Demo am 28.1. in Bonn 233.20 DM; VORAN-Veranstaltung in Frankfurt: 30,- DM; „Köhner Initiative gegen den Golfkrieg“: 172,81 DM; Jahreshauptversammlung der Jusos in Nürnberg: 104,65 DM; Juso-Unterbezirksversammlung in Kassel: 143,05 DM; SPD-Ortsverein Renscheid-Lüttrichhagen/Alte: 80,25 DM; Thomas Köhner/Mitte: 50,- DM; Ehepaar Körper-Buschaus aus Nürnberg: 25,- DM. Beim Schwarzfahrerfest der Jusos Stuttgart wurden Geld und Unterschriften gesammelt; Münchner Jusos informierten in einem Flugblatt vor

Schulen über den Fall Mahmoud.

Im Januar und Februar wurden insgesamt 913,96 DM gesammelt zur Finanzierung von Anwaltskosten, für das eingeleitete Berufungsverfahren und zur Unterstützung von Mahmouds Frau und seiner drei Kinder.

Wir fordern alle VORAN-Leser auf, auch nach dem Golfkrieg alle Gelegenheiten für die Kampagne „Freiheit für Mahmoud Masarwa“ wahrzunehmen. Der Golfkrieg hat die Verfolgung der Palästenser durch den israelischen Staat auch im Westen schlaglichtartig ins Bewußtsein gerückt. Mit der Unterstützung der Solidaritätskampagne kann jeder einen Beitrag für den einheitlichen Kampf der palästensischen und israelischen Arbeiter gegen ihre gemeinsamen Ausbeuter und Unterdrücker leisten. Sammelt weiter Geldspenden und Unterschriften, verabschiedet ResOLUTIONEN, schickt Protestschreiben. Weitere Informationsmaterial, Unterschriftenlisten, Adressen der israelischen Botschaft, von Regierungsstellen und die Gefängnisadresse von Mah-



moud könnt ihr von der Redaktion oder von Wiebke Möbius, Oranienstr. 165, 5000 Köln 91 bekommen. Spendenkonto: Wiebke Möbius, Postgironummer Köln, Konto Nr. 4159 96-503, BLZ 370 100 50.

Verkauft VORAN

SPD-Basis verteidigt VORAN

Bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Stuttgart-Wilthausen erleben wir eine herbe Überraschung. Im Jahresbericht wies der Ortsvereinsvorsitzende darauf hin, daß „die SPD endlich gegen den Juso-Kreisvorstand vorgehen müsse“. Er erklärte, daß „die unversämten Anträge des Kreisverbandes“ vorwiegend auf den Einfluß der Mitglieder zurückzuführen sei, die die marxistische Zeitung VORAN unterstützen. „Diese parteischädigende, trotzkistische Fraktion“ sei für die SPD nicht mehr tragbar.

Nachdem der Ortsvereinsvorsitzende seinen Bericht abgeschlossen hatte und tausenden Beifall der ca. 40 Anwesenden erwartete, wendete sich die „herbe Überraschung“ zu seinen Ungunsten. Er erntete nur höflichen Beifall. Keiner der SPD-Genossinnen und Genossen wollte ihn in seiner Haltung gegen über des Juso-Kreisverbandes unterstützen. Einige vertraten die Meinung, daß die Anträge und die Politik des Juso-Kreisverbandes die SPD nicht

partei-schädigend, sondern im Gegenteil sehr unterstützenswert seien. Außerdem würden sie regelmäßig die Zeitung VORAN kaufen und könnten vielen Standpunkten, die VORAN vertritt, zustimmen. Es sei offensichtlich, so etz-nige Redner(innen) weiter, daß das wohl seit langem schlechteste Abschneiden der SPD stadt- und bundesweit nicht gerade zeige, daß die Programmatik der SPD stimmt, wie es der Ortsvereinsvorsitzende in seinem Jahresbericht behauptete. Jetzt gerade wäre es nötig, eine harte Oppositionspolitik, wie sie der Juso-Kreisverband Stuttgart fordert, zu praktizieren. Der große Beifall, den diese Redner(innen) wie auch ein Juso für ihre Verteidigung des Juso-Kreisverbandes ernteten, zeigt, daß die Mehrheit dieses Ortsvereins für die Zukunft eine Politik von der SPD erwartet, wie sie die Stuttgarter Jusos fordern. Sie sind damit sicherlicher nicht alleine. Anschließend konnten mehr VORANs als sonst an die Mitglieder verkauft werden.

Jan und Ralf, Jusos aus Stuttgart

Kampffonds

Stärkt die SPD-Opposition!

Nicht genug damit, daß die Kohl-Regierung uns über die Steuererhöhung und die Kosten des Golfkriegs und der kapitalistischen Vereinigung aufbürden will, jetzt sollen wir auf andere Weise auch noch für den Größenwahn der Herrschenden bezahlen - nämlich mit dem Einsatz von Bundeswehrsoldaten in Gebieten außerhalb der NATO. Doch Voraussetzung für die Grundgesetzänderung ist die Zustimmung der SPD im Bundestag. Leider haben führende SPD-Politiker nichts besseres zu tun, als ihre Bereitschaft zu signalisieren (s. das „Vorwärts“-Interview mit N. Gansel, März-Ausgabe).

Wir müssen dagegen mobilmachen! Kapitalismus bedeutet Krieg, und der nächste kommt bestimmt. Mit unserer Zeitung wollen wir gegen die geplante Grundgesetzänderung auch in der Partei Opposition machen. Die muß aber noch viel lautstärker werden und in den nächsten Wochen noch viel mehr Mitglieder erreichen, um den Druck auf die Parteiführung zu verstärken.

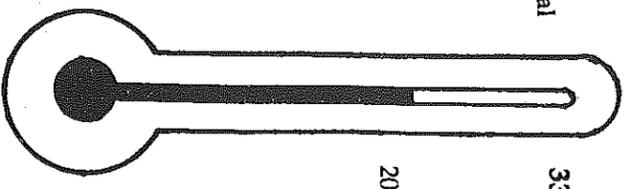
Einen grundsätzlichen Beitrag zum Thema Krieg haben wir bereits mit dem Druck zwei neuer Broschüren (s. Kästen) geleistet. Kostenpunkt: 2800 DM. Wenn alle 2500 Exemplare verkauft würden, hätten wir einen Überschuß für den Kampffonds von 4700,- DM.

Im Januar und Februar haben wir 20.872,27 DM für den Kampffonds gesammelt. Im Februar haben u.a. dazu beigetragen: Susanne Rosenhagen, Sachbearbeiterin, mit 100,- DM, und Bruno Hof, Sprecher der Kölner Initiative gegen den Golfkrieg, der seine WDR-Cage von 67,- DM gespendet hat (beide aus Köln); Agathe Bankert, Rentnerin aus Renscheid, mit 5,- DM; Stuttgarter Unterstützer überwiesen ihre

Ziel 33.000,-

1. Quartal
Januar,
Februar,
März

20.872,27



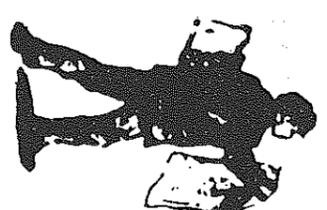
Stand: 14.3.1991
Spendenkonto:
VORAN, Postgironummer Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name: _____
Anschrift: _____

Telefon: _____

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504



Ich möchte VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM
VORAN weiterverkaufen und bestelle _____ Exemplare
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
ein VORAN-Förderabo zu DM _____ beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon
Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Postgironummer Essen, Bankleitzahl 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430

Aus Betrieb und Gewerkschaft

MBB Bremen

Abrüstung und Arbeitsplätzeerhalt

Während der Golfkrieges verweigerte der Betriebsrat der zum MBB-Konzern gehörenden Deutschen Airbus (DA) die Zustimmung zu Überstunden für die Arbeit am Kampfflugzeug Tornado - zum ersten Mal in der Geschichte der Firma. VORAN-Mitarbeiter Martin Korte sprach mit dem Betriebsratsvorsitzenden Uwe Neuhaus, IG Metall-Mitglied.

Warum hat der Betriebsrat mit Beginn der Luftangriffe auf Bagdad die Mehrarbeit am Tornado abgelehnt?
Aus Gewissensgründen. Die Ablehnung war eine persönliche Entscheidung von jedem Betriebsratsmitglied.

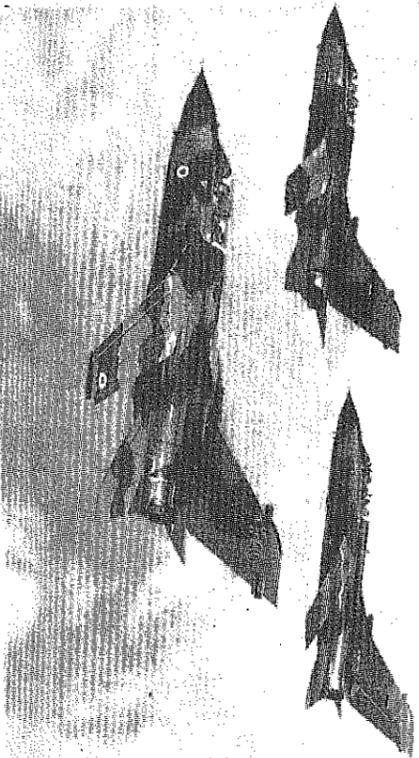
Die Öffentlichkeit hat bis heute ihre Kritik zum größten Teil gegen die Verantwortlichen im Unternehmen gerichtet. Wir wollten verhindern, daß es zu einer Schuldzuweisung gegenüber den Beschäftigten und Ihren Interessenver-

netem kommt.

Wie war die Reaktion der Kollegen?

Zuerst gab es keine Reaktion. Erst nach einer Veröffentlichung der Geschäftsführung mit der Aussage, der Betriebsrat würde die Arbeitsplätze gefährden, entstand eine erregte Diskussion. Heute fordern etwa 40% der Beschäftigten bei der Deutschen Airbus den Rücktritt des Betriebsrates wegen Amtsmissbrauch aufgrund dieser Entscheidung.

Die Verweigerung der Mehrarbeit war



Der Betriebsrat von MBB/Deutsche Airbus Bremen verweigerte Mehrarbeit am Tornado.

IGM-Tarifrunde

Niedriglöhne anheben!

In den diesjährigen Tarifverhandlungen der IG-Metall geht es hauptsächlich um die Anhebung der Löhne und Gehälter der unteren Tarifgruppen. Die Metalltönnen und Metallwerker könnten bei Tarifverhandlungen über die letzten Jahre eine relativ gute Bilanz vorweisen. Die Lohn- und Gehaltserhöhungen sind vielleicht nicht hoch genug gewesen, und der Weg zur 35-Stunden-Woche lang und umständlich. Immerhin haben wir es fast geschafft. Es war höchste Zeit, die Niedriglöhne in der Metallbranche aufzugreifen.

Um 10%, aber mindestens um 270-280 DM sollen Löhne und Gehälter steigen. Die Entscheidung, die niedrigen Löhne und Gehälter anzuhoben, ist eine sehr wichtige. Frauen und Jugendliche werden hier an meisten gewinnen.

Frauen und Jugend

Mitlerweile hat die IGM 433.000 weibliche Mitglieder 1970 waren es nur 227.000 - in 20 Jahren fast eine Verdopplung. 46% aller Frauen in der Metallindustrie sind jetzt organisiert. Bei Jugendlichen war es dagegen in den letzten Jahren immer schwieriger, sie für die Gewerkschaft zu gewinnen. Hier verzeichnet die IGM den niedrigsten Organisationsgrad seit fünf Jahren.

Nur ein Kampf für Ausbildungsvergütungen, von denen man leben kann, wird hier etwas nutzen. Die Forderung für die Ausbildungsvergütung lautet: 190 DM im ersten, 180 DM im zweiten, 170 DM im dritten und 160 DM im vierten Ausbildungsjahr. Zur Durchsetzung müssen die Jugendlichen selbst aktiviert werden. Ihnen muß erklärt werden, daß sie nichts geschenkt bekommen und entsprechender Handlungsspielraum in der Gewerkschaft zur Wahrung ihrer Interessen ein-gearbeitet werden.

Die Reaktion der Unternehmer auf



Miserabler Tarifabschluß im KiTa-Bereich

Kita-Strike zur Durchsetzung höherer Gehälter und besserer Arbeitsbedingungen hatten Erzieherinnen) und Sozialarbeiterinnen) im öffentlichen Dienst gefordert. Dies wäre in Anbetracht der harten Haltung der öffentlichen Arbeitgeber auch das einzige Mittel gewesen, um ein angemessenes Ergebnis zu erzwingen. Doch die öv- und GEW-Führung behalf es bei Warnstreiks - dementsprechend schwach war das Ergebnis.

Nur ca. 200 - DM mehr werden die meisten Erzieherinnen) im Durchschnitt erhalten. Die direkte höhere Eingruppierung für Berufsanfänger wurde ebenso wenig erreicht wie die Angleichung der Sozialarbeiterinnen) an die Einkommen anderer Fachhochschulabsolventen. Die Kinderpflegerinnen) gehen ganz leer aus. Für jüngere Erzieherinnen) zahlen einige Städte, wie z.B. Frankfurt, seit den KiTa-Protesten sogar höhere freiwillige Zulagen als jetzt im Tarifvertrag vereinbart. Entsprechend groß ist die Enttäuschung und Wut bei vielen Kolleginnen). Schon gibt es die ersten Gewerkschaftsaustritte. Doch dies wäre die falsche Schlussfolgerung. Im Zuge der monatlichen Protestaktionen sind viele Erzieherinnen) in die Gewerkschaft eingetreten und haben sich zum ersten Mal aktiviert. Daran gilt es anzuknüpfen und innerhalb der Gewerkschaften dafür zu kämpfen, daß Vorstände und Funktionäre unsere Interessen kompromißlos vertreten.

Kerstin Käfer, Stuttgart
anghende Erzieherin

Berlitz-Sprachschulen

Tarifvertragsrecht erkämpft

Nach mehrwöchigen Streiks ist unser harter Kampf von Erfolg gekrönt worden: Der erste Tarifvertrag überhaupt bei der privaten Sprachschule Berlitz ist nach 111-jähriger Existenz endlich abgeschlossen. Die Geschäftsleitung fürchtete eine Ausweitung der Streiks sowie einen größeren Kundenschwund und sah sich so zu Zugeständnissen gezwungen. Der Tarifvertrag beinhaltet auch eine durchschnittliche Gehaltserhöhung von 7,5%, einen Tag mehr Urlaub und die Einführung der 36,5-Stundenwoche beim Büropersonal.

Trotzdem waren die Kollegen nicht ganz zufrieden, denn unser Gehalt liegt so sehr unter dem Durchschnitt, daß mehr dahn gewesen wäre. Außerdem schreibt der Tarifvertrag eine 2-jährige Fährdenpflicht vor, die ein ungutes Gefühl hinterläßt. Wer weiß, was uns das Jahr wirtschaftlich noch bringt wird. Dann sind wir aber 2 Jahre lang geknebelt.

Betriebsratsgründung

Der Kampf war nicht nur wegen der Gehaltserhöhung wichtig, denn der Streik brachte auch viele Kollegen zum Nachdenken. Immer mehr Schulbelagern schaden kommen nun auf die Idee, ihre Rechte zu fordern. In Wiesbaden konnten wir vor kurzem unseren ersten Be-

eine symbolische Handlung...

...ja sicher. Damit wollten wir ein Zeichen setzen gegen den Krieg um Klarzumachen, daß sich die Gewerkschaft gegen Krieg als politisches Mittel richtet. Wir werden auch in Zukunft für Abrüstung bei gleichzeitiger Sicherung der Arbeitsplätze eintreten, auch wenn kein Krieg ist.

Haben nicht die Gewerkschaften durch ihre schwammige Position zur Rüstungspolitik dazu beigetragen, daß viele Arbeiter solche Entscheidungen nicht nachvollziehen können? Zum Beispiel begriff die öv in Bremerhaven auf der einen Seite den Transport von Waffen in die Gofregion, und auf der anderen Seite rief sie zur vierstündigen Arbeitsniederlegung auf. Daß man sich ja als Arbeiter an den Kopf. Da ist die IG Metall weiter als die öv. Sie begründet alle Abrüstungsschritte wenn der Arbeitsplatz durch einen zivilen ersetzt wird.

Wäre die Enteignung der Rüstungsindustrie bei demokratischer Kontrolle der Arbeiter über die Produktionsmittel für Dich eine akzeptable Alternative? Dann

Könnte doch gesellschaftlich sinnvoll produziert werden und nicht mehr nach Profitinteressen.

Puh. Das kann ich so pauschal nicht sagen. Wenn ein Betrieb enteignet wird, fällt er in die Hände des Staates. Und ich glaube nicht, daß sich unter Kohl als Bundeskanzler etwas ändern wird. Die demokratische Kontrolle der Arbeiter halte ich für wichtig. Nur so, glaube ich, kann sinnvoll produziert werden. Da gibt es ja auch schon Ansätze in den Gewerkschaften zur Entwicklung von Plänen zur alternativen, zivilen Fertigung. Demokratische Kontrolle steht nicht automatisch im Widerspruch zum Profitinteresse eines Unternehmens, ob privat oder vergesellschaftet.

Was für Projekte laufen unter alternativer Fertigung und wie weit sind die Verhandlungen mit Unternehmen zur Einführung solcher Produkte?

Da gibt es verschiedenes, wie z.B. das Luftschiff in Modul-Bauweise. Bisher fanden keine Verhandlungen mit den Unternehmen statt, dies stieß bisher auf Ablehnung.

trratsrat wählen.

Für die Berlitz-Geschäftsleitung (Berlitz gehört dem Multi-Konzern Maxwell an) stelle dies eine Herausforderung dar, war sie doch jahrelang daran gewöhnt, ungestört schalten und walten zu können. Schon bei der Berufung eines Wahlvorstandes zeigten sich die Manager in der Schule und versuchten herauszufinden, weshalb gerade jetzt ein Betriebsrat gewählt werden sollte.

Druck von oben

Die „Befragung der lieben Mitarbeiter“ dauerte über eine Stunde, dann platze den Kollegen der Kragen. Man könne ebenso gut fragen, warum der Bundestag gewählt werden soll, sagte jemand. Die Diskussion wurde immer hitziger, bis der Manager auf die soziale Masche umschaltete, sich für die „milde verständlichen“ Fragen entschuldigte und meinte: „Vielleicht mal so gefragt: Haben Sie Probleme?“ Es meldeten sich viele und die Probleme ähnelten sich sehr, denn jeder beklagte, zu wenig zu verdienen. Das war dem Manager gar nicht geheuer. Von diesen Problemen wollte er nichts hören und brach die Diskussion ab mit dem Ausruf „Werden sie bitte nicht aggressiv!“. Wenn noch einige Zweifler unter uns gewesen sein sollten, so wurden sie durch den Auftritt des Managers erst richtig

von der Notwendigkeit eines Betriebsrats überzeugt.

Während der ganzen Wahlvorbereitungen ging es mit dem Druck von oben weiter: Die Stimmung unter den Kollegen blieb untermessen kämpferisch. Die Wahl fand statt, und nur zwei Mitarbeiter, die für längere Zeit beurlaubt waren, fehlten an jenem Tag. Jeder war stolz auf unsere neue Ertragsgemeinschaft. Die Geschäftsleitung wollte aber nicht gleich Ruhe geben, denn das Beispiel könnte ja Schule machen. Also wurde die Wahl angefochten. Das macht Berlitz übrigens grundsätzlich, mit der Begründung, daß die ständig eingesetzten freien Mitarbeiter keine Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes wären.

Die erste Gerichtsverhandlung wurde verschoben, aber dieser Prozeß könnte sich lange hinziehen, denn auf Gerichte ist bekanntlich kein Verlaß. Der Thend zu „freien Mitarbeitern“ steigt in jeder Branche rapide an. So wird versucht, die Belegschaft noch mehr zu spalten und in verschiedene Gruppen zu teilen. Betriebsräte müssen wachsam sein und sich gegen die Ausweitung der lang erkämpften Rechte wehren, bevor es zu spät ist.

Maria Clara Roque, Betriebsratsvorsitzende bei Berlitz Wiesbaden und Jungsozialistin

VORWÄRTS

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 129 - April 1991

80 Pf. - Solidaritätspreis 2,- DM

VORAN, Hansring 4, 5000 Köln 1
Gebühr bezahlt Postamt Köln 1, Postvertriebsstück C 10321 E

Kommentar zum Ausgang des Golfkrieges	Seite 2
Interview mit MBB-Betriebsrat	Seite 11
Perspektiven für den Irak	Seite 9
Kampagne gegen Grundgesetzänderung	Seite 5

Kein Weltweiter Einsatz der Bundeswehr!

Wie die Bundeswehr entstand

Die Massenproteste in Deutschland gegen den Golfkrieg haben wieder einmal bewiesen, daß viele Deutsche - insbesondere Jugendliche, Schüler und Studenten - ein starkes, antimilitarisches Bewußtsein haben, das durchaus Tradition hat, z.B. in den Massenbewegungen gegen die Wiederaufrüstung in Deutschland Anfang der 50er Jahre.

Mit der Errichtung einer ganzen Reihe von Staaten im Osten Europas nach dem stalinistischen Vorbild der Sowjetunion auf planwirtschaftlicher Grundlage sowie der erfolgreichen chinesischen Revolution 1949 veränderten sich die internationalen Kräfteverhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg zuzunehmen des imperialistischen Weltkrisens. So mußte Deutschland als imperialistischer Frontstaat an der Grenze zum „Kommunismus“ - zumal als relativ intakte Industriemacht - wirtschaftlich, politisch und militärisch schnell wieder aufgebaut werden. Der Marshall-Plan mit seiner Milliardenhilfe wurde in Gang gesetzt, die BRD gegründet und der erste deutsche Bundestag gewählt.

„Ohne mich!“
Adenauer konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Es entwickelte sich eine spontane Bewegung gegen die Wiederbewaffnung, die quer durch alle Bevölkerungsschichten ging. Die Parole lautete damals: „Ohne mich!“ Der Druck der Massen war so stark, daß auch führende Politiker von CDU und CSU gezwungen waren, sich öffentlich von Adenauer zu distanzieren. So trat sein Innenminister Heilmann mit einer öffentlichen Erklärung gegen die Renntarifisierung zurück. Schon ein Jahr zuvor hatte sich Franz-Josef Strauß, damals Generalsekretär der CSU und später Verteidigungsminister, ebenfalls dagegen gestellt mit dem berühmten Spruch: „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen!“ Auch der Rat der

Armee und Staat

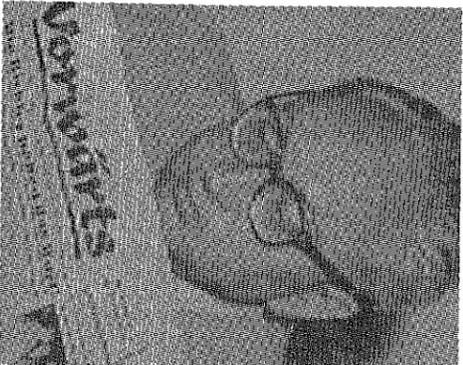
Weder für die Herrschenden in der BRD noch für die Imperialisten weltweit konnte es gehen, daß Wirtschaft und Staat ohne einen militärischen Apparat zur Verteidigung ihrer Interessen gegen den inneren und äußeren Feind dastanden. Der Kern des Staatsapparates sind letztlich seine „bewaffneten Einheiten“. So ging es dem damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer darum, so schnell wie möglich wieder eine deutsche Armee auf westdeutschem Boden aufzustellen. Allerdings mußte ein günstiger Zeitpunkt dafür abgewartet werden. Der „kalte Krieg“ und der Ausbruch des Koreakrieges im Sommer 1950 lieferten den geeigneten Vorwand. Im Dezember des Jahres gab der NATO-Rat in Brüssel prinzipiell grünes Licht für die „Renntarifisierung“ bzw. Wiederbewaffnung Deutschlands.

Allerdings existierten auch vorher schon bewaffnete Einheiten, und Teile des alten faschistischen Staatsapparates waren noch intakt. Schon vor der Gründung der BRD im Herbst 1949 standen den alliierten Streitkräften mehrere Zehntausend in Hilfftruppen zur Verfügung, die zum Teil aus ehemaligen Wehrmachtangehörigen, zum Teil aus faschistisch gesonnenen Soldaten aus den ehemaligen Ostgebieten bestanden.

Auch wurde nach der Gründung der BRD sofort mit der Kasernierung von Polizeieinheiten auf Länderebene begonnen, die später in den „Bundesgrenzschutz“ umgewandelt wurden, damit sie der Bundesregierung unter diese Truppen natürlich nicht aus, den bürgerlichen Staat zu schützen: Nach den Vorstellungen Adenauers und einiger ehemaliger Wehrmachtsgeneräle (!) wie Hans Seidel und Adolf Hausinger, von denen Adenauer sich im Sommer

Herbst 1950 beraten ließ, ging es um die Aufstellung einer Freiwilligenarmee (Berufsheer) von mindestens 150.000 Mann.

Adenauer konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Es entwickelte sich eine spontane Bewegung gegen die Wiederbewaffnung, die quer durch alle Bevölkerungsschichten ging. Die Parole lautete damals: „Ohne mich!“ Der Druck der Massen war so stark, daß auch führende Politiker von CDU und CSU gezwungen waren, sich öffentlich von Adenauer zu distanzieren. So trat sein Innenminister Heilmann mit einer öffentlichen Erklärung gegen die Renntarifisierung zurück. Schon ein Jahr zuvor hatte sich Franz-Josef Strauß, damals Generalsekretär der CSU und später Verteidigungsminister, ebenfalls dagegen gestellt mit dem berühmten Spruch: „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen!“ Auch der Rat der



Erich Ollenhauer und die SPD-Führung beugten sich schon damals dem Druck der Bürgerlichen.

evangelischen Kirche (nicht gerade das fortschrittlichste Gremium) war gezwungen, sich gegen jegliche Wiederbewaffnung auszusprechen.

Laut Meinungsumfragen waren zu dieser Zeit 75-90% der Bevölkerung dagegen und bereit, auf die Straße zu gehen. In einem SPD-Papier, das im März 1950 auf einer Konferenz in Witten an der Ruhr verabschiedet wurde, hieß es: „Die deutsche Arbeiterbewegung, zu der fünf Millionen in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter gehören, hat sich auf den Verzicht für die Bewaffnung entschieden. Sie traut sich zu, je der deutschen Regierung die Einhaltung dieser Linie, falls nötig, aufzuzwingen.“

„Ohne mich!“

Angesichts der tiefen Abneigung der Bevölkerung gegen die Wiederbewaffnung wäre es zweifellos möglich gewesen, ein für alle Mal die Vorhaben der Regierung zu befragen. Doch lehnte es die SPD unter Führung Schumachers und Ollenhauers ab, die Massen wie im Whitener Papier beschrieben zu mobilisieren. Denn einige Monate später, im Herbst 1950, hatte die SPD-Führung nichts Besseres zu tun, als auf die Linie der Bürgerlichen einzuschwenken - mit der Begründung, es sei nötig, den jungen deutschen Staat vor der „kommunistischen“ DDR zu verteidigen.

Allerdings mit dem geringfügigen Unterschied, daß sie kein Berufsheer, sondern eine „demokratische Volkсарmee auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht“ wollten. Natürlich ist eine „demokratische Wehrpflichtigenarmee“ das geringere Übel im Vergleich zu einer Berufsarmee. Doch eine Armee im Kapitalismus - egal in welcher Form - hat in erster Linie den Interessen des bürgerlichen Staates zu dienen. So trug die SPD-Führung mit ihrer Anpassung an den Druck aus dem bürgerlichen Lager verhängnisvollerweise dazu bei, die Wiederbewaffnung Deutschlands zu ermöglichen.

Volksbefragung verboten

Zu diesem Zeitpunkt war aber trotz der Schützenhilfe der SPD-Spitze eine Wiederbewaffnung wegen des öffentlichen Drucks nicht durchzusetzen. Die erste Welle des Widerstands erreichte im Frühjahr 1951 mit einer Volksbefragung ihren vorläufigen Höhepunkt. Trotz Verbots durch die Bundesregierung gelang es, innerhalb 9.119.667 Bürger in Betriebsversammlungen und Stadteilkundgebungen zu befragen, die sich gegen die Renntarifisierung aussprachen. Dieses Ergebnis war so überwältigend, daß Adenauer seine Wiederbewaffnungspläne vorerst auf

Eis legen mußte.
Das Thema war aber dennoch nicht vom Tisch. Drei Jahre später, im Oktober 1954, wurde ein zweiter Anlauf gestartet, als die Pariser Verträge zur Wiederbewaffnung Deutschlands von den westeuropäischen Regierungen einschließlich Frankreich unterzeichnet wurden.

Dies war das Signal für die Bevölkerung, wieder auf die Straße zu gehen. Noch mußten ja die Verträge im deutschen Bundestag ratifiziert werden. Diesmal - stärker als in der ersten Wiederstandsbewegung 1950/51 - schalteten sich die Gewerkschaften ein und mobilisierten Hunderttausende auf DGB-Versammlungen landauf landab. Wieder einmal beklundete die SPD-Führung unter dem Druck aus der eigenen Widerstand. Sogar Erich Ollenhauer fühlte sich genötigt, auf einer Protestveranstaltung in der Frankfurter



Ostermärsche in den 60er Jahren gegen Atomaufrüstung: Sie knüpften nach Gründung der Bundeswehr an die Bewegung gegen die Wiederbewaffnung an.

Nein zur Grundgesetzänderung

Die herrschende Klasse Deutschlands und ihre Kohl-Regierung haben aus dem Golfkrieg die Schlusfolgerung gezogen, daß sie ihre militärische Stärke an ihre Rolle als größter Welkelexporteur anpassen müssen. Dafür sollen durch eine Grundgesetzänderung die Voraussetzungen geschaffen werden. Außerdem will Stoltenberg mehr Geld für den Rüstungshaushalt. Sonderstrukturruppen und Großraumflugzeuge, mit denen Waffensysteme überall in die Welt hinverfrachtet werden können.

Diese neue Aufrüstung und militärische Strategie steht im kraassen Gegensatz zu den Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Kriege, wie der Golfkrieg, werden für die Profitinteressen der Konzernne geführt. Die Massen in den exkolonialen Ländern und im Westen sind die Verlierer (Beispiel Steuererhöhung). SPD- und DGB-Führung hätten jede politische und finanzielle Unterstützung des Golfkrieges durch die Kohl-Regie-

Nach dem Ende des Golfkrieges geht es darum, jede weitere militärische Aufrüstung und vor allem eine Grundgesetzänderung zu verhindern. Ohne Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion erhält die Kohl-Regierung nicht die notwendige 2/3-Mehrheit.

Leider hat die Parteiführung signalisiert, jetzt einer Grundgesetzänderung zuzustimmen. Auf dem bevorstehenden Parteitag in Bremen vom 28.-31. Mai soll der Beschluß des Münchener Parteitages von 1986, der jede Bundeswehr-Operation außerhalb des NATO-Gebietes, auch im Rahmen der UNO ablehnt, gekippt werden. Angeblich soll es nur um UNO-Blauhelm-Aktionen gehen. Doch das hat Feigenblattfunktion, darauf läßt sich die Rolle der Bundeswehr nicht begrenzen, wenn die Bundeswehr einmal geöffnet sind. Und Norbert Gansel erklärt der SPD-Mitgliedschaft in der März-Ausgabe des „Vorwärts“ lauselig, Großraumflug-

von „Friedenskorps“, Technikern und Spezialisten zur Aufbauhilfe in der „3. Welt“ verwendet werden.

Die SPD-Führung, einschließlich der sogenannten „Linken“, ist dabei, sich dem bürgerlichen Druck erneut zu beugen. Noch sind einige Wochen Zeit, um gegen Grundgesetzänderung und Blauhelm-Schwindel zu mobilisieren. SPD-Basis und Friedensbewegung müssen alle Hebel in Bewegung setzen, um eine Grundgesetzänderung zu verhindern und Druck auf den SPD-Parteitag auszuüben.

Ursel Beck, Stuttgart
SPD-Mitglied

Vorschläge zur Organisierung einer Kampagne gegen die Grundgesetzänderung
siehe Seite 5.